Preußens gerechte Sache.

Ein Wort zur Verständigung

von einem Süddeutschen.

Stuttgart, 1869.
Druck und Verlag von J. F. Steinkopf.

Preußens

gerechte Sache.

Ein Wort zur Verständigung von einem Süddeutschen.

Stuttgart, 1869.

Druck und Verlag von J. F. Steinkopf.

Immer aufs Neue wieder tönt der Kriegslärm von Frankreich herüber, und wenn auch immer wieder Pausen eintreten, so sind dieselben meist nur die Folge von unberechenbaren Zwischenfällen; es kann aber auch ein Zwischenfall eintreten, der endlich die Aktion Frankreichs herbeiführt, und daß es zu einer solchen in nicht allzuferner Zeit kommen werde, ist außer allem Zweifel, da Frankreich nie gutwillig auf die Herrscherrolle in Europa verzichten wird, die ihm wohl für immer verloren wäre, wenn Deutschland zu compacter politischer Einheit erstarkte. In dieser Voraussicht muß es jeden Freund des Vaterlandes aufs Tiefste beunruhigen, daß es noch immer zu keiner rechten innern Verständigung zwischen dem Norden und Süden Deutschlands gekommen ist, wie diese doch Grundlage jedes ehrlichen äußeren Zusammengehens sein muß, und diese Verständigung wird insbesondere durch die in Süddeutschland, besonders in Württemberg, noch immer vielgenährte Anschauung aufgehalten, als ob Preußen bei seinem Vorgehen im Jahr 1866 und in seinen nach erkämpftem Sieg getroffenen Maßnahmen in absolutem, schreiendem Unrecht gewesen sei und als ob irgendwelche Verbindung mit Preußen und dem Nordbund ein Gutheißen dieses Unrechts bedeute. Dem gegenüber erscheint es dem Verfasser als unabweisbare Pflicht, auf das Irrthümliche dieser Anschauung aufmerksam zu machen und eine mildere und gerechtere Beurtheilung Preußens anzubahnen, damit wir Süddeutsche im Fall der Noth mit gutem Gewissen und voller Freudigkeit unsern norddeutschen Brüdern zur Seite treten und schon jetzt in Friedenszeit

die gegenseitige Berührung das Bittere und Schwierige verliere, das ihr verletztes Rechtsgefühl gibt. Zwar ist schon viel in dieser Richtung geschrieben worden und wenig Neues mehr zu sagen; gleichwohl aber kann an ein so zähes, eingewurzeltes Vorurtheil, wie es noch vielfach gegen Preußen besteht, nicht oft genug die Axt gelegt werden. Und ist auch nicht zu hoffen, daß sich alsbald Jedermann von dem objectiven Recht Preußens überzeugen lasse, weil eben Standpunkte und Antipathieen tiefer reichen, als Gründe, so ist für die Versöhnung der Gemüther doch schon ein Bedeutendes gewonnen, wenn sich nur wenigstens die Ueberzeugung Bahn bricht, daß auch Preußen in seiner Politik von 1866 sich nicht geradezu dem Teufel verschrieben habe, daß es vielmehr der Ueberzeugung sein konnte, vollkommen in seinem Recht zu sein und nicht anders handeln zu dürfen. Eine Erörterung der Art kann freilich nur den billig denkenden Theil der Gegner Preußens im Auge haben und muß von vornherein von allen denjenigen absehen, welche entweder principielle Gegner dieses Staates sind, oder welchen es überhaupt nicht wahrhaft um das Recht zu thun ist, welche nur heuchlerisch über den Rechtsbruch Preußens schreien, während sie selbst, wenn es sich um Förderung ihrer eigenen Parteisache handelt, von jeher kein Bedenken getragen haben, den Rechtsboden zu durchlöchern.

Ehe jedoch der Verfasser die Rechtfertigung Preußens unternimmt, muß er für sich selbst dem gegen ein solches Bestreben alsbald auftretenden Vorwurf begegnen, als ob er irgendwie ein Freund der Revolution sei. Er war von jeher conservativ, d. h. für Entwicklung der Verhältnisse aus ihren gegebenen realen Wurzeln, und findet es ebenso oberflächlich, als lächerlich, wenn Guizot das deutsche Volk in seinem Streben, sich ohne jede Beeinträchtigung der Nachbarn lediglich nur in sich selbst zusammenzufassen und eine politisch geeinigte Nation darzustellen, wie dieß Frankreich schon seit Jahrhunderten ist, die kriegerische und revolutionäre Nation der Gegenwart nennt, welche dieselbe Rolle spiele, wie Frankreich von 1792—1815. —

Auch hat er es sich immer zur Ehre gerechnet, ein Schwabe zu sein, gedenkt auch ein Schwabe zu bleiben, und will keineswegs, daß sich unser Stamm wegwerfe und auf seine geschichtliche Ueberlieferung, auf seine gliedliche Selbstständigkeit unter dem altangestammten Fürstenhaus verzichte. Daß aber hiebei, was die deutsche Frage betrifft, seine Neigung zugleich Preußen angehörte, verstand sich eigentlich in früheren Jahren ganz von selbst; denn welchem Deutschen, der mit einiger Kenntniß deutscher Geschichte zugleich evangelische Ueberzeugungen verband, wäre es damals eingefallen, sich von Preußen abzuwenden? Das hat sich nun freilich in Württemberg vielfach geändert, ein betrübendes Zeichen, daß entweder die früheren Sympathieen keine tiefergehenden waren (denn an einem alten Freund wird man nicht so leicht irre), oder daß das nationale und evangelisch-kirchliche Interesse inzwischen schwere Einbuße unter uns erlitten hat. Der Verfasser blieb seiner alten Freundschaft, im Blick ebensowohl auf das engere, als auf das weitere Vaterland treu, und vor einem Abfall hat ihn zugleich die Beobachtung einer einfachen sittlichen Pflicht bewahrt. Als in Preußen der heftige parlamentarische Kampf gegen Bismarck, welcher dem Jahre 1866 voranging, entbrannte, und dieser Staatsmann fast alle Welt, Inland und Ausland, die verschiedensten Parteien, die Tonangeber in Presse und Volksvertretungen, wie das Geschrei jeder Bierbank und die obligate Entrüstung jedes Philisters gegen sich hatte, da schien es dem Verfasser, als ob doch auch dieser Bismarck noch sozusagen unter die Nebenmenschen gehöre, welchen gegenüber die Pflicht gilt, sie, ehe man sie verurtheilt, womöglich zu entschuldigen, Gutes von ihnen zu reden und Alles zum Besten zu kehren; er konnte sich des Gedankens nicht erwehren, daß hinter einem Mann, der Alles und Allem voran die Umsturzpartei gegen sich habe, und dennoch unerschütterlich stehe und von seiner Ueberzeugung nicht wanke noch weiche, doch etwas, und zwar etwas Rechtes stecken müsse, da ja bekanntlich insbesondere diejenigen Früchte „nicht die schlecht'sten sind, woran die Wespen nagen“ — und so lernte der Verfasser denn doch

manches anders ansehen und beurtheilen, als damals üblich war. Aehnlich ergieng es demselben mit den Ereignissen des Jahres 1866. Die Mittheilungen und Urtheile der Preußenhasser in der Presse und im öffentlichen Leben überhaupt waren ihm keineswegs untrüglich; sie waren ihm Parteiergüsse, zum Theil Manöver einer Partei, deren Glaubwürdigkeit und Rechtssinn ihm von früherer politischer Erfahrung her sehr anrüchig war; er konnte sich nicht denken, daß das preußische Volk und sein sonst als sehr gewissenhaft bekanntes Königshaus, daß unter Anderm auch die weit überwiegende Mehrzahl der evangelischen Geistlichkeit Preußens, darunter Namen von unantastbarer Fleckenlosigkeit und großer geistlicher und weltlicher Einsicht, sollte nur schwarzes, höllenschwarzes Unrecht haben und Unrecht vertheidigen, während uns allein das rechte Licht scheine; und das „Hören auch des andern Theils" in Verbindung mit dem guten Glauben an die sittliche Stellung auch des Gegners bewahrte ihn davor, in das selbstgerechte, damals aus Kirchen und Wirthshäusern erschallende Richten und Verdammen Preußens mit einzustimmen. Dieß die persönliche Stellung des Verfassers zur Sache, die insofern mit der vorliegenden Frage nahe zusammenhängt, als wohl an gar manche Leute, welche Gewissensbedenken geltend machen und Preußen vom Standpunkt der zehn Gebote aus, den auch der Verfasser für alle Verhältnisse des öffentlichen und Privatlebens festhält, so herb verurtheilen, vor Allem die Gewissensfrage gestellt werden darf, ob sie hiebei selbst auch dem achten Gebot gerecht geworden sind und nicht vielfach ein einseitiges, unwahres und lieblos leidenschaftliches Urtheil gesprochen oder nachgesprochen haben, ohne den Rechts- und Thatbestand näher zu kennen und zu prüfen. Sie mögen sich, soweit sie auch jetzt noch an vorgeblichen Gewissensbedenken festhalten, nachdem so manches Licht auf jenes verhängnißvolle Jahr gefallen ist, fragen, ob diesen Bedenken nicht vielleicht auch ein gut Stück Eigensinn, der einmal gefaßte Vorurtheile nicht fahren lassen und einen mit so großem Pathos behaupteten Irrthum nicht eingestehen mag, mit zu Grunde liege.

Indem wir nun das Recht Preußens zu seinem Vorgehen im J. 1866, überhaupt das Recht der neuesten Politik dieses Staates untersuchen, finden wir dasselbe im Allgemeinen darin begründet, daß es dieses Vorgehen sowohl sich selbst, seiner eigenen Existenz, seiner unmittelbaren staatlichen Aufgabe, als auch seiner Stellung zu Deutschland und diesem selbst schuldig war. Beides freilich, Preußens Pflicht gegen sich selbst und gegen das Gesammtvaterland, läßt sich in der Darstellung, besonders soweit sie auf die Geschichte zurückgreifen muß, kaum auseinander halten und auch hierin tritt das unauflösliche Ineinander des preußischen und des allgemein deutschen Interesses zu Tag.

Was nun das Erste betrifft, so gibt es unläugbar ein Recht der Existenz, nicht blos für das einzelne Individuum, sondern ebensosehr für Völker und Staaten, und dieses Existenzrecht ist das Grundrecht derselben, wie es ihnen der oberste Lenker aller Dinge und aller Völker selbst verliehen hat. Auch Preußen kommt dieses Recht in vollem Maße zu. Freilich haben fanatische Preußenfeinde, Demokraten und Parteigänger des östreichisch-habsburgischen Kaiserrechtes an Deutschland, Preußen auch dieses erste aller Rechte abgesprochen; seine Existenz schon, meinen sie, sei ein Unrecht, eine womöglich wieder zu beseitigende Anomalie. Aber die Existenzfrage hängt glücklicherweise nicht von menschlichem Meinen und Gutdünken, sondern von einer höheren Leitung der Dinge ab; sie beruht auf geschichtlichen Thatsachen, und das Existenzrecht eines Staates wurzelt in seiner Macht, wie diese nicht blos rohe äußere Gewalt ist, sondern gleich allen Ideen, die im Staate verwirklicht sind, zugleich ein sittliches Moment in sich schließt, weil sie in letzter Beziehung eine göttlich gefügte, von Gott zur Erfüllung des Staatsberufs gegeben ist. Sagt doch Jesus sogar zu dem römischen Landpfleger: „Du hättest keine Macht über mich, wenn sie dir nicht wäre von oben herab gegeben." Nur ein Staat ohne Macht hat kein Recht selbstständiger, souveräner Existenz, wie es denn in der That Staaten gibt und gegeben hat, welche, ohne auf eigenen Füßen stehen zu können, nur durch Anlehnen an

wirkliche Staaten oder durch die gegenseitige Eifersucht derselben und durch die damit zusammenhängenden Künste der Diplomatie ihr Dasein fristen; eben darum aber sind es auch, wie die Geschichte lehrt, hauptsächlich solche Scheinstaaten, welche das eigentlich zersetzende Element im Staaten- und Völkerleben bilden, an welchen sich ganz besonders die sogenannten brennenden Fragen entzünden und welche dem guten Einvernehmen unter den Nationen die schwersten Hindernisse bereiten. Das Wort: „Macht geht vor Recht“ kann entsetzlich mißbraucht werden, und ist, wie es im gewöhnlichen Sprachgebrauch genommen wird, durchaus verwerflich; aber die Wahrheit liegt darin, daß kein sittlich-rechtliches Wesen, weder ein Einzelner noch ein Staat, über die Gränzen seiner Macht, seines unter höherer Fügung ihm gewordenen Könnens und Vermögens hinaus Ansprüche erheben darf, daß es, wenn es dieß gleichwohl thut, in Selbstverblendung und Selbsterhebung die ihm von Gott gesetzten Schranken überschreitet und die Reaction der göttlichen Weltordnung gegen sich herausfordert. Dieß findet Jedermann in seiner Anwendung auf das Individuum ganz natürlich; ein von Natur körperlich oder geistig schwach begabter Mensch, der die Ansprüche eines Simson oder eines Leibniz erheben wollte, würde sicherlich damit zurückgewiesen, und so ist die Macht, die Fähigkeit auch die Bedingung sowohl als die Umgränzung des Rechts, auf welches ein Staat innerhalb der Völker- und Staatenfamilie Anspruch machen kann. Daß aber Preußen diese Bedingung nicht abgeht, daß es nicht blos ein Scheinstaat, sondern ein wirklicher Staat ist, dessen Existenz in realer, geistiger und materieller Macht begründet ist, erweist ganz einfach, allem fanatischen Geschrei und allem böswilligen Anderswünschen gegenüber, die unerbittliche Geschichte. In einer Zeit, in welcher die kaiserliche Macht und der öffentliche Zustand Deutschlands schon tief gesunken war, überkam der Hohenzollernstamm das vernachlässigte deutsche Nordland Brandenburg, schuf Ordnung in demselben, und 200 Jahre später fiel ihm auch ein Theil der durch deutsche Tapferkeit und deutsche Arbeit erworbenen, aber unter pol-

nische Oberhoheit gerathenen Nordostmark Deutschlands, des eigentlichen Preußenlandes, zu, vermöge welches Besitzes es schon damals eine von Habsburg unabhängige Stellung gewann. Aus dem dreißigjährigen Krieg aber ging das vereinigte Brandenburg-Preußen, wiewohl gleichfalls entsetzlich verheert, dennoch als der lebenskräftigste deutsche Staat hervor, welcher alsbald unter dem großen Kurfürsten siegreiche Front gegen Franzosen, Schweden und Polen machte und sich insbesondere der polnischen Oberhoheit über die preußische Landeshälfte entledigte. Das alternde Oestreich erschrack über die aufstrebende neue Macht im Norden; gleichwohl mußte es dieselbe, dem Drang der Umstände gehorchend, mit der Königskrone schmücken, was freilich nicht hinderte, daß es fort und fort das Zollernhaus, auch durch Vorenthaltung rechtlicher Ansprüche, niederzuhalten suchte. So kam es endlich zum siebenjährigen Krieg, in welchem Preußen unter Friedrich dem Großen sein Existenzrecht aufs Glänzendste gegen die vereinigte Macht Oestreichs, Rußlands und Frankreichs behauptete und den Besitz Schlesiens davontrug. Und auch die schwere, zum Theil verdiente Demüthigung Preußens unter Napoleon I., welcher ihm nach der Niederlage bei Jena 1806 die Hälfte seiner Länder wegnahm und nur einen Heeresstand von 42,000 Mann erlaubte, gab ihm schließlich nur Gelegenheit, die wunderbare Intensität seiner Lebenskraft und die Unverwüstlichkeit seines Existenzrechtes vor aller Welt an den Tag zu legen. Gerade der Druck und die Schmach jener Zeit forderte die ganze Schnellkraft Preußens heraus und machte Einrichtungen möglich, welche, wie besonders die allgemeine Wehrpflicht, in gewöhnlichen Zeiten nicht durchführbar gewesen wären. Preußische Begeisterung und Opferfreudigkeit durch alle Stände hindurch war es, welche vor Allem den Kampf Europas gegen den Welteroberer aufrecht hielt und an welcher sich Muth und Tapferkeit auch der Verbündeten immer wieder entzündete; das verstümmelte, ausgesogene Preußen schuf Heere, welche zahlreicher, als die Heere der Russen und Oestreicher, das entscheidende Gewicht in die Wage der Schlachten warfen; preußische Feld-

herren und Staatsmänner waren es, welche sowohl durch Feuer und Thatkraft, als durch Einsicht und Besonnenheit im Vordergrund standen und den unnatürlichen Machtbau Napoleons mit kräftiger Hand niederwerfen halfen; ja man kann sagen: ohne Preußen, oder vielmehr ohne die durch Gottes Odem in Preußen entzündete Geistesflamme wäre Europa mit Napoleon nicht fertig geworden; daher auch dessen besonderer Haß gegen Preußen, in welchem er von Anfang an instinktmäßig seinen gefährlichsten Gegner erkannte. Und auch nach Innen bewährte Preußen seine staatliche Berechtigung. Dieses Volk, in stätem Kampf mit ungünstigen Naturverhältnissen und mit angrenzenden Feinden, in harter, selbstverleugnender Arbeit großgewachsen und erstarkt, hat einen Staat gegründet, welcher bis auf den heutigen Tag, auch nach seiner Ausgestaltung ins Große, auf den soliden Principien der Arbeit und der Ordnung ruht, der sich von jeher einer gewissenhaften, umsichtigen und energischen Verwaltung erfreut, dessen Rechtspflege von jeher durch ihre Unabhängigkeit und Promptheit europäischen Ruf genoß und trotz den Verunglimpfungen durch die Demokratie bis auf diesen Tag behauptet, dessen wohlgeordnete Finanzen in dem steigenden Wohlstand seiner Bürger eine immer reichere Quelle finden, welche auch durch vorübergehende Nothzeiten nicht versiegen geht, und dessen Könige fast ausnahmslos nach geistiger Begabung, wie nach Individualität und Charakter Persönlichkeiten sind, welche gleich ihrem Staat Geltung ansprechen und welchen auch der Gegner die Achtung nicht versagen kann. Kein Wunder, daß die Selbstständigkeit eines solchen Staatslebens auch dem einzelnen Genossen desselben ihr Gepräge aufdrückt, daß der Preuße sich fühlt, gleich dem Franzosen und dem Engländer, und hiemit vielleicht da und dort, wo man von einem nationalen Staatsleben weder Idee noch Erfahrung hat, anstößt (man vergleiche, was in dieser Beziehung ein in Preußen naturalisirter Baier, Dr. Fabri in Barmen, in seiner Schrift: „die Ereignisse des Sommers 1866“ S. 23 ff. sagt).

Freilich, diese Bedeutung und diese Kraft Preußens

war mit der Zeit, ungeachtet der Mahnungen der Jahre 1848—49, während der Herrschaft des Bundestags über allerlei politischen Intriguen in den höheren Sphären Deutschlands und unter dem Einfluß der Demokratie nach unten so ziemlich in Vergessenheit gerathen, zumal seit der Demüthigung, welche der friedliebende König Friedrich Wilhelm IV. zu Olmütz hatte müssen über sich ergehen lassen. Dem stolzen Oestreich und den von ihm abhängigen kleineren Staaten galten die Preußen im Allgemeinen als Windbeutel, ihre Soldaten als Paradefiguren, ihr Zündnadelgewehr als Spielwerk, ihr Staat nach Außen als eine hochmüthig sich aufblähende künstliche Größe, die nur soweit gehen dürfe, als ihr die wirklichen Großmächte gestatten, nach Innen aber als ein Junkerstaat, in welchem Recht und Freiheit mit Füßen getreten werde und der so voll Unzufriedenheit stecke und so zerfahren sei, daß er sich zu einer bedeutenderen Gesammtanstrengung gar nicht mehr erheben könne, sondern auseinander falle, sobald man ihn ernstlich berühre — eine Anschauung, welche freilich von Preußen selbst aus, durch die unverständige Herabsetzung dortiger Zustände von Seiten der preußischen Demokratie, wesentlich genährt wurde, so daß letztere von der Mitschuld an dem Kriegsausbruch des Jahres 1866 nicht freizusprechen ist. Denn daran zweifelten die Gegner Preußens vermöge ihrer eben geschilderten Anschauung der Dinge nicht, daß Preußen schließlich im Kampf gegen das hochgepriesene Oestreich und seinen Anhang unterliegen müsse; in diesem Kampf, meinte man, werde sich recht die Hohlheit der preußischen Staatsexistenz herausstellen und man werde dieselbe auf ihr wahres Maß reduziren können. Wie jubelte man, als nun die preußischen Truppenbewegungen an der sächsischen und böhmischen Gränze in ernstlichen Gang kamen und jene großartige militärische Thätigkeit sich entfaltete, deren Krone der Sieg von Königgrätz wurde! Man begriff dieselbe so wenig, als man den Ernst des Buß- und Bettags begriff, zu welchem das preußische Volk sich vor dem immerhin sehr bedenklichen Eintritt in den Krieg in seinen Gotteshäusern versammelte; man hielt dieses Hin- und Her-

marschiren für ein kopfloses Umherirren in Angst und Verlegenheit, gleich dem verworrenen Treiben der Ameisen, wenn in ihren Haufen gestoßen wird, und bald werde der gewaltige Benedek all diesen wirren Zickzack in Einem Stoß durchbrechen und geradewegs auf Berlin marschiren. Anders konnte man sich die Sache gar nicht denken, und sogar die Freunde Preußens konnten sich schwerer Besorgniß nicht erwehren. Eben aber in diesem merkwürdigen Krieg hat Preußen mit Hilfe Dessen, der ihm bisher die Macht und dem es die Ehre gegeben, unwidersprechlich bewiesen, daß es in Wahrheit existire und in Wahrheit eine Macht, ja eine Großmacht sei; seine Feinde haben fühlen müssen, was sie nicht glauben wollten, und kleinlaut und verzagt sind damals die Prahler geworden; ja selbst die Minister des Herrschers an der Seine haben „patriotische Beklemmungen" angewandelt. Freilich haben schon in der kurzen Zwischenzeit gar manche Fanatiker wieder vergessen, daß Preußen kein bloßer Scheinstaat ist, auf dessen Zersplitterung und Ohnmacht sie rechnen dürften und der sich durch den Hauch ihres Mundes umwerfen ließe, um ihren Traumbildern Platz zu machen; ja selbst Staatsmänner gibt es noch in unserem Süden, welche sich des Vorurtheils einer künstlichen Existenz und Größe Preußens noch nicht gründlich entschlagen haben und im Begriff sind, es noch einmal auf eine dießmal viel gefährlichere Probe ankommen zu lassen. Fürwahr, nur die offenbare Auflehnung gegen alle thatsächlichen Verhältnisse, gegen den göttlich geordneten Gang der Geschichte, nur eine Sinnesweise, die eine solche Leitung gar nicht zugibt und in den Produkten der geschichtlichen Entwicklung nur willkürliches Menschenwerk sieht, kann das Existenzrecht Preußens bezweifeln und antasten, vorerst noch ganz abgesehen von seiner Stellung zu Deutschland, aus welcher erst seine volle Bedeutung erhellt.

Eben seine Existenz aber wurde ihm verkümmert und gefährdet schon durch die unnatürlichen Existenzverhältnisse, welche der Wiener Congreß für Preußen schuf. Dieser Congreß üblen Angedenkens, welcher, „in einem fortwährenden Zauberkreis von Festen und Vergnügungen sich bewe-

gend," auf höchst willkürliche Weise mit der von Napoleon hinterlassenen Concursmasse von Ländern und Völkern umging, und ohne die natürlichen gottgegebenen Bedingungen eines gesunden Völker- und Staatslebens zu berücksichtigen, zumal für Deutschland lediglich nur ein von selbstsüchtigen Interessen und Intriguen beherrschtes Compromiß zu Stande brachte, hatte vor Allem Preußen mit ganz entschiedener Ungunst behandelt. Ohne der politischen Bedeutung, welche es in den Freiheitskriegen bewährt hatte, ohne seinen hervorragenden Leistungen in denselben gerecht zu werden, legte es die Diplomatie der europäischen Großmächte recht absichtlich darauf an, die Entwicklung dieses kräftig aufstrebenden Staates auf alle Art und Weise niederzuhalten. Preußen erhielt, gegenüber seinem Länderbestand vor dem Frieden von Tilsit, nicht blos keinen Zuwachs an Land und Leuten, sondern nicht einmal einige Abrundung seines Länderbesitzes wurde ihm zugelassen, indem es statt des ihm bereits zugesagten, in Napoleons Sturz mitverwickelten Nachbarlandes Sachsen durch entlegene Gebietstheile jenseits des Rheines entschädigt wurde, deren Verschmelzung mit den östlichen Provinzen noch überdieß eine schwierige Sache war, während Oestreich sich großartig arrondirte und frühere Rheinbundsstaaten die ihnen von dem französischen Eroberer geschenkten Landestheile behalten durften. In zwei Hälften gespalten, deren weitgedehnte, an physischen Verhältnissen vielfach gar keine Stütze findende Gränzen einer wirksamen Vertheidigung die größten Schwierigkeiten darboten, mit der einen dieser Hälften dem übermächtigen Rußland, mit der andern dem in seinem ganzen vornapoleonischen Umfang wiederhergestellten, auf Rache sinnenden Frankreich gegenübergestellt, in der Mitte zwischen diesen Hälften Kleinstaaten, welche darauf angelegt waren, in Oestreich fort und fort ein Gegengewicht gegen Preußen zu suchen und sich an Oestreichs Politik anzuschließen — so hatte dieser rasch sich entwickelnde Staat Gränzen empfangen, wie sie nicht schwieriger, nicht unerträglicher gedacht werden konnten, sobald einmal irgend eine Katastrophe an denselben herantrat. Wie er schon in den Befreiungskriegen von seinen Mit-

kämpfern vielfach nur als Hilfsmacht angesehen worden war, so sollte er nun auch im Frieden nur Object der Benützung für dieselben sein, Frankreich als Vormauer gegen Rußland, diesem als Vormauer gegen Frankreich dienen und im Uebrigen in ungleichem Bundesverhältniß die Fessel Oestreichs tragen, ohne für sich selbst irgend etwas ausrichten, ohne sich selbst auch nur genügend schützen zu können. Es war ganz nur für die Zwecke des europäischen Gleichgewichts zugeschnitten und sollte sich gefallen lassen, ganz im Dienste dieser Idee aufzugehen, ähnlich wie dem römischen Volk zugemuthet wird, sich mit allen seinen Ansprüchen auf staatliche Befriedigung der Idee des Papstthums zum Opfer zu bringen. Auch wurde Preußen bei dieser Gelegenheit, während jeder lebenskräftige, zum Eingreifen in die Weltgeschichte berufene Staat dem Meere zustrebt, durch die Abtretung Ostfrieslands an Hannover, für welches Preußen nur die unbedeutendere Hälfte Sachsens erhielt, besonders in Folge englischen Einflusses von der Nordsee hinweggedrängt. Und wie wenig vollends kam in der Bundesverfassung Deutschlands, auch einer Kunstschöpfung des Wiener Congresses, das wirkliche Machtverhältniß und das demselben entsprechende Recht Preußens zur Geltung, in dieser Verfassung, die doch für Preußen eine ganz andere, seine Existenz, sein Recht und seine ganze Lebensthätigkeit viel näher und tiefer berührende Bedeutung hatte, als für Oestreich, das, großentheils außerhalb Deutschlands stehend, in seiner staatlichen Entwicklung vom Bundestag viel unabhängiger war. Von den 17 Stimmen des Bundestages kam auf Preußen, wie z. B. auch auf Kurhessen oder auf Luxemburg, nur eine einzige, und bei den Berathungen organischer Bundesgesetze fielen ihm, gleich einem der kleineren Königreiche, nur 5 Stimmen zu, während z. B. Holstein und ähnliche Stäätchen über 3 verfügten. Allerdings hatte Oestreich keine größere Stimmenzahl; dafür aber führte es das ausschließliche Präsidium, von dessen Handhabung gar viel abhing, und konnte fast in allen deutschen Fragen auf die Stimmen der kleineren Staaten rechnen, weil sein Staatsinteresse viel weniger,

als dasjenige Preußens, auf straffere Zusammenziehung der deutschen Kraft (wie sie immerhin eine Beschränkung der Einzelsouveränetäten in sich schloß) zu bringen hatte. So war Preußen auf jedem Schritte vorwärts, weil jeder derartige Schritt, jede Entwicklung seiner eigensten Kraft zugleich in irgend welcher Beziehung auch zu den deutschen Verhältnissen stand, auf unerträgliche Weise gehemmt, und aus dieser unnatürlichen Einschnürung ergaben sich alsbald die schwersten Nachtheile für den preußischen Staat. Um sich gleichwohl zu behaupten, war er genöthigt, insbesondere für sein Heerwesen einen unverhältnißmäßigen Aufwand zu machen, und wenn dieß auch auf der einen Seite — ganz gegen die Absicht seiner Gegner — zum Besten Preußens ausschlug, sofern es hiedurch fort und fort zu tüchtiger Arbeit, zu Anspannung und Ausbildung aller seiner physischen und geistigen Kraftmittel und zu äußerster Pünktlichkeit und Ordnung in Staatshaushalt und Verwaltung gespornt wurde: so mußte es doch diesen Zustand als eine schwere Last empfinden, von welcher es nur durch eine natürlichere Gestaltung des öffentlichen Zustandes in Deutschland Erleichterung hoffen konnte. Aber auch nach Innen war durch jene unnatürliche Stellung die gesunde und eigenthümliche Entwicklung des Staates gehemmt, wie ja in jedem Organismus durch den Mangel naturgemäßer, freier Bewegung nach Außen auch die innersten Theile leiden. Theils konnte bei der Nothwendigkeit kräftigster Zusammenfassung nicht in Staatseinrichtung und Verwaltung dasjenige Maß vernünftiger politischer Freiheit gegeben werden, welches ein in durchaus gesunden Verhältnissen sich bewegendes, harmonisch in sich gesättigtes Staatsleben gewähren kann; theils war ebendeßhalb ein Theil des Volks für die falsche Freiheit der Demokratie, mit welcher ein kräftiges Staatsleben und die wirkliche Freiheit des Staatsbürgers nicht bestehen kann, um so leichter einzunehmen, zumal da die demokratische Partei in den kleineren Staaten Deutschlands, mit welchen Preußen in so vielfacher Wechselwirkung steht, den trefflichsten Spielraum fand. Denn diese konnten die Demokratie immerhin gewähren lassen, ja in mancher

Hinsicht, je nach Umständen, benützen, da sie nöthigenfalls, wenn irgend einmal Gefahr drohte, sich hinter den Bundestag und die beiden Vormächte zurückziehen konnten; sie konnten sich auf gar wohlfeile Weise, ohne jedes wirkliche Opfer, ohne jede unmittelbare Gefahr für ihre Existenz, mit dem Glorienschein des weitgehendsten Liberalismus umgeben, während Staaten, die auf sich selbst angewiesen sind, eine ganz andere Stellung zur Demokratie einzunehmen haben. Welch schwere innere Kämpfe Preußen in Folge dieses doppelten Uebelstandes, des theilweisen Mangels an politischer Freiheit und des Andranges einer immer übermächtiger werdenden Demokratie, von jeher, besonders in den parlamentarischen Verhandlungen vor 1866, zu bestehen hatte, ist noch in frischer Erinnerung. So gebot ihm denn Recht und Pflicht der Selbsterhaltung, mit aller Kraft aus dieser unnatürlichen Lage herauszustreben und den Boden für eine gesunde Entwicklung zu gewinnen.

Freilich scheinen manche naive Leute der Meinung zu sein, Preußen hätte, zumal als ein evangelisch-christlicher Staat, eben zuwarten sollen, bis ihm durch irgendwelche Gestaltung der Verhältnisse Gott der Herr selbst aus jener Lage geholfen hätte. Aber nicht einmal das Individuum, mit dessen Stellung bei solchen und ähnlichen Forderungen die Stellung des Staates gerne verwechselt wird, ist bei Gefahr der Existenz lediglich nur auf Passivität und Ergebung angewiesen; es steht ihm die Obrigkeit als die verordnete Dienerin Gottes zur Seite, zu welcher es seine Zuflucht nehmen kann. Eine solche für ihn eintretende Macht jedoch hat nun eben der Staat nicht über sich; er ist vielmehr souveräne, selbst mit der Handhabung des Rechtsschutzes betraute Macht und verpflichtet, mittelst derselben auch für das ihm anvertraute Gut der Existenz einzutreten. Ja schon der Einzelne würde sich, zumal wenn andere Existenzen von ihm abhängig sind, geradezu verfehlen, wenn er in bedenklicher Lage die Hände in den Schoos legen wollte. Ein Familienvater darf die Zukunft nicht müßig an sich herankommen lassen, zumal wenn er sieht, daß dieselbe schwere Gefahren in sich birgt — er muß sich vorsehen und vor-

beugen; wie denn vollends ein Staat, der so viele an Schutz und Fürsorge desselben gewiesene Einzelexistenzen in sich schließt! Nein, in einer Zeit, welche über einem Vulkan steht, die mit Sturmeseile schreitet und in fortwährender Gährung, in rapider Veränderung begriffen ist, gleich einem Vulkan, der in wiederholten Ausbrüchen immer wieder seinen Aschenkegel ändert, in einer Zeit, die so vielfach schon gewarnt und besonders in den Jahren 1830 und 1848, speciell für Preußen auch in den parlamentarischen Scenen vor 1866, sowie in dem imperialistischen Vorgehen des zweiten Kaiserreichs Abgründe des politischen und socialen Lebens aufgethan hat, welche die höchste Sorgfalt, Umsicht und Voraussicht der Staatslenker erfordern, durfte sich Preußen nicht steuerlos Wind und Wellen überlassen. Es durfte nicht gemüthlich neue, vielleicht noch heftigere Stürme abwarten, gleichviel ob ihm dieselben irgend welche unverhofften Früchte in den Schoos werfen, oder ob sie es aufs Tiefste erschüttern, wo nicht entwurzeln. Es konnte um so weniger müßig in seiner Lage verharren, da es sich allerwärts von selbstsüchtigen Feinden bedroht sah, da Frankreich seine Niederlagen durch Preußen und die Rheingränze nicht vergessen konnte und seit Napolean III. wieder den Traditionen des Kaiserreichs nachhing, Oestreich die Nebenbuhlerschaft Preußens in Deutschland nur unwillig ertrug und den Gedanken an eine Wiedererniedigung Preußens nie gründlich aufgegeben hatte, Rußland nur ein unfreundlicher, unzuverläßiger Nachbar war, der sich besonders unter Kaiser Nikolaus Preußen nur im Vasallenverhältniß denken konnte, da ferner der immer mächtiger um sich greifende Ultramontanismus Preußen als die staatliche Burg der evangelischen Kirche aufs Tiefste haßte und sein moderner Zwillingsbruder, der Demokratismus, im preußischen Staat vermöge seiner energisch conservativen Haltung ein Haupthinderniß seiner Herrschaft erkannte und von tödtlicher Antipathie gegen denselben erfüllt war. Es gehört in der That viel politische Kindlichkeit dazu, sich dem Wahne hinzugeben, Preußen hätte, von keiner Seite bedroht, recht wohl in der ihm 1815 geschaffenen Lage, auch wenn sie

ihm etwas unbequem fallen mochte, verharren können, bis ihm die hemmenden Bande von selbst abgefallen wären; es handelte sich in der That für dasselbe nicht blos um eine bequemere Lage, sondern je nach dem oft unversehens wechselnden Stand der Dinge in allem Ernst um seine Existenz, und um anderer Meinung zu sein, muß man Schwarzenbergs Ausspruch: „Preußen müsse zuerst erniedrigt und dann vernichtet werden," muß man die Plane einer Zerreißung Preußens, wie sie je und je unter seinen Gegnern verhandelt wurden, völlig vergessen haben.

Preußen hat nun aber nicht alsbald, wie sich seine Gegner öfters zu glauben anstellen, gleich einem gewaltthätigen Brennus das Schwert in die Wagschale geworfen; es hat lange mit großer Geduld und Ausdauer alle gütlichen Wege versucht, um aus seiner unerträglichen und gefährlichen Lage herauszukommen, freilich nur um sich immer fester zu überzeugen, daß es hier überall unerbittlichen und rücksichtslosen Gegnern gegenüberstehe. Weil jedoch diese Versuche Preußens sich naturgemäß überall mit der deutschen Frage berühren, werden wir zunächst auf die Stellung Preußens zu Deutschland, auf seinen „deutschen Beruf" einzugehen haben.

Wir müssen hier aber zuerst auf das Princip der Nationalität zurückgehen. Dieses steht bei vielen auch ernster denkenden und conservativen Naturen in dem übeln Geruch revolutionären Ursprungs und revolutionärer Bedeutung. Und es ist wahr, die Demokratie hat sich desselben schon öfters als Hebels für ihre Zwecke bedient. Daß sie dieß aber neuerdings nicht mehr thut, daß sie sich, wo sie ihr eigenstes Wesen offenbart, mit Entschiedenheit und Bitterkeit gegen dasselbe wendet, von einem Nationalitätenschwindel redet und nur Menschen im Allgemeinen, aber keine Nationen mehr anerkennt, wie dieß auch folgerecht im Princip der Demokratie und ihrer Consequenz, des Socialismus, liegt und besonders auf dem Wiener Schützenfest ausgesprochen wurde, daß sie ihre demokratische Freiheit immer der Einheit voranstellt und dadurch thatsächlich jede wahre staatliche und nationale Einheit negirt, zeigt doch deutlich genug, daß

die Nationalität ein der Demokratie, wenigstens der ihrer selbst klar bewußten Demokratie fremder, nur gelegentlich und zufällig von ihr benützter Begriff ist. Auch Napoleon dem Dritten ist es mit dem Nationalitätsprincip, als dessen Vertreter in der Politik er öfters gilt, keineswegs wahrer Ernst; dasselbe ist ihm nur Maske, nur Mittel zum Zweck des Imperialismus und wird von ihm, wo es mit letzterem nicht zusammengeht, ohne alle Rücksicht bei Seite gesetzt und zu Boden getreten. In Wahrheit ist der Begriff der Nationalität, d. h. einer nach Außen selbstständigen und nach Innen sowohl einheitlich als gliedlich organisirten Existenz der verschiedenen Völker ein durch und durch conservativer Begriff, der seine Spitze ebensosehr gegen den Imperialismus als gegen den Demokratismus, ebensosehr gegen dynastische Selbstsucht, als gegen Zuchtlosigkeit von Unten richtet. Denn er beruht auf der göttlich geordneten Natur der Dinge. Die Gliederung der Menschheit in Völker von besonderer Abstammung, ihre Zeitwährung mit der sich innerhalb derselben vollziehenden Entwicklung, wie ihre Ausdehnung innerhalb bestimmter Gränzen, ist nicht Werk menschlicher Willkür und Speculation, sondern führt auf göttliche Ursächlichkeit zurück (Apostelgesch. 17, 26); diese Gliederung in Nationen ist die feste Ordnung, auf deren Grund sich in ächt conservativer solider Weise bauen und weiter bauen läßt, während menschliches Machwerk wechselnder Sandgrund ist, welchem sich kein Vernünftiger anvertrauen mag. Nach zwei Seiten hin ist das Heidenthum als die Losreißung von Gott und göttlicher Ordnung von dieser gesunden Völkergrundlage des Staatslebens abgewichen, indem es bald die Nationen in Stämme und Bruchtheile zersplitterte, welche ein selbstsüchtiges Eigenleben führend sich meist gegenseitig befehdeten, bald herrschsüchtig über die nationalen Gränzen hinausschreitend, andere Nationen zu unterjochen und womöglich Weltreiche zu gründen strebte. Beides sind Gefahren, wie sie noch jetzt dem natürlichen, noch ungeläuterten Volksleben nahe liegen, dem deutschen z. B. die Gefahr falsch freiheitlicher Zersplitterung, dem französischen die Gefahr des Uebergreifens

in das Recht anderer Völker. Die nationale Idee aber in ihrer Wahrheit ehrt einerseits gewissenhaft die gottgesetzten Gränzlinien der Nationen; eben so bestimmt aber will sie jedes einzelne Volk in sich selbst zu gegliederter Einheit und zu einheitlicher Gliederung zusammenfassen. Ein Volk ist ihr kein bloßer geographischer Begriff, wie das italienische vor 1859, auch kein blos mechanisches Nebeneinander verschiedener Stämme, wie seinerzeit der deutsche Bund, welcher eben darum auch nur die Trägheit und Unbeweglichkeit des Conglomerats hatte, sondern die lebensvolle Einheit eines Organismus, eines Leibes, der bei aller relativen Selbstständigkeit der Glieder gleichwohl unter einem überragenden Haupte zusammengefaßt ist, so daß jedes einzelne Glied, auch das geringste, nicht bloß sich selbst, sondern dem ganzen Leibe dient, eben darum aber auch des Dienstes aller andern Glieder mitgenießt, und das Haupt selbst, indem es herrscht und in Einheit zusammenhält, hiemit zugleich den übrigen Gliedern den größten und schwierigsten Dienst erweist. Dieß und nichts anderes ist die natürliche, gottgewollte Gestalt jedes unverkümmerten Volkslebens, und eine Thorheit ist's, wenn neuerdings die süddeutsche Demokratie für jeden deutschen Stamm, für jedes einzelne Glied der Nation das Recht vollkommen freier Selbstbestimmung fordert. Es kann allerdings bei einem Volk durch eigene Schuld, durch Losreißung von seinem wahren Lebensgrund, durch Gottlosigkeit und Selbstsucht zu Zersplitterung, ja zu völliger Auflösung kommen, wie es seinerzeit in Israel zuerst zur Spaltung des Reichs und endlich zu völligem staatlichem Untergang kam und wie neuerdings Polen durch gehäufte Schuld unterging. So weit ist es jedoch mit unserer deutschen Nation durch die Gnade Gottes noch nicht gekommen; vielmehr zeigt sich zumal in gegenwärtiger Zeit unverkennbar, daß noch Kräfte genug zur Gestaltung eines wahren Volkslebens vorhanden sind, und der Weg dazu ist durch die Ereignisse der letzten Jahre in einer Weise gebahnt, wie noch niemals, seit es ein deutsches Volk gibt.

Freilich wird der Gedanke der Einheit und damit der Macht einer Nation vielfach so angesehen, als

wäre er nur ein Gedanke ungöttlicher Hoffart und Selbsterhebung, dem ein Christ, der sich herunter halten solle zu den Niedrigen, nicht Raum geben dürfe, — und wer will es leugnen? Derselbe kann allerdings in einen durchaus verwerflichen Nationalstolz, ja Nationalübermuth, welcher Fleisch für seinen Arm hält, umschlagen, wie dieß leidige Erfahrung auch in Deutschland lehrt. Trotz dieser Verirrung aber ist und bleibt doch die in der nationalen Einheit wurzelnde Macht eines der edelsten und nothwendigsten Güter eines Volks, das Bollwerk aller seiner andern geistigen und materiellen Errungenschaften, welches von jedem Volk erstrebt und bewahrt sein will. Sie ist der starke Hort der nationalen Existenz, Sitte und Entwicklung, während diese Güter für einen vom Ganzen abgesprengten Volkstheil so leicht verloren gehen; sie allein setzt den Staat in die Lage, jedem seiner Angehörigen einen gesicherten Rechtskreis, sowie den seiner Individualität entsprechenden Wirkungskreis zu gewähren, in welchem er seine Kraft zu seinem eigenen und des Staates Besten verwerthen kann, während ein Kleinstaat hiezu vielfach außer Stand ist; sie allein macht es möglich, sämmtliche materiellen und geistigen Hilfsmittel einer Nation zu entfalten, während in einem kleineren Gemeinwesen so manches brach liegen bleibt, und bald der Stoff fehlt, um die vorhandene Kraft zu üben, bald die Kraft fehlt, um den vorhandenen Stoff zu nützen; sie allein gestattet, nach Innen energisch Zucht und Ordnung zu halten und die Elemente derselben, Religion, Ehe, Familienleben, kräftig zu schirmen und sorgsam zu pflegen, während einem künstlichen Staat die Versuchung sehr nahe liegt, sich durch Gewährung einer falschen Freiheit und durch Preisgebung der sittlichen Güter des Staats populär zu machen und unter Hintansetzung der Besseren im Volk mit der zuchtlosen Hefe zu liebäugeln, um auf diesem kläglichen, am Ende zum Gegentheil führenden Weg noch einen Schein von Macht und Autorität zu gewinnen; sie allein ist es schließlich, welche in Zusammenfassung aller Gaben und Kräfte einem Volk die Lösung der besondern Aufgabe ermöglicht, die ihm in-

mitten der Völkerfamilie und zum Besten der gesammten Menschheit zugewiesen ist. Ja, die nationale Einheit ist ein sittliches Gut schon an und für sich selbst, sofern die Zugehörigkeit zu einem großen, geschichtlichen Volksganzen ein Element der Begeisterung, eines gesunden nationalen Ehrgefühls, des sittlichen Spornes und Wetteifers in sich schließt, — denn mit seinen Zielen und seinem Gesichtskreis wächst der Mensch, — während er im Kleinstaat, auch bei hoher persönlicher Begabung, gerne zusammenschrumpft und zum begeisterungslosen, für Nationalehre und Gemeininteresse unempfänglichen Philister wird. Es ist also kein Stück christlicher Resignation und Demuth, von nationaler Einheit und Macht nichts wissen wollen, sondern engherziger und beschränkter Egoismus, ein tadelnswerthes Sichzurückziehen von der Aufgabe, welche Gott den Völkern und ebendamit auch jedem einzelnen Volksgenossen in seinem Theil gesteckt hat, und es ist nicht revolutionär, sondern höchst conservativ, wenn ein Volk seine Einheit als die Grundlage eines gesunden, selbstständigen Staatslebens und der Erfüllung seines besondern internationalen Berufes mit allem Ernst und Eifer anstrebt. Gewiß nicht zufällig ist es, wenn gerade diejenigen Richtungen der Neuzeit, welche der Ausbildung eines wirklichen kräftigen Staatslebens die meisten Hindernisse in den Weg legen, der Ultramontanismus und der Demokratismus, gleichsehr Feinde der Nationalität sind; sie erkennen in derselben besser, als mancher sogenannte Conservative, die kräftigste Stütze der von ihnen bekämpften staatlichen Ordnung, und es offenbart sich in dieser Feindschaft der gemeinsame innerste Charakterzug dieser Richtungen, das Widerstreben gegen die Ordnung Gottes überhaupt, an deren Stelle sie Menschenwerk setzen. — Mit Obigem ist keineswegs gesagt, daß nicht auch Kleinstaaten, staatlich gestaltete Bruchstücke einer Nation in ihrem Bereich Schönes und Gutes erzielen können; denn die Staatsordnung hat überall, auch wo das volle Subject für dieselbe fehlt, ihren Segen; ja man kann sogar zugeben, daß auch die Theilung einer Nation in verschiedene Kleinstaaten, gegenüber einer starren Centralisation,

ihre Vortheile habe, sofern dadurch eine größere Anzahl von Culturmittelpunkten geschaffen werde, Bildung und Wohlstand sich gleichmäßiger über die ganze Nation verbreite u. dgl. Aber auch hier gilt, das Eine thun und das Andere nicht lassen, sowohl die relative Selbstständigkeit und Gabe des Glieds, als die Verbindung zu einem lebendig ineinandergreifenden Ganzen, wodurch doch erst auch das Glied seine Vollkraft und seinen Vollberuf erhält, in Treue pflegen, und viel zu weit geht die Behauptung, daß jene Gleichmäßigkeit und Allgemeinheit der Bildung u. s. f. die Kleinstaaterei zur nothwendigen Voraussetzung habe. Wenigstens führt eine vorurtheilslose Vergleichung der Bildungszustände im übrigen Deutschland mit denen des preußischen Volks nicht zu diesem Resultat, und von selbst versteht sich, daß ein richtig gegliederter großer Nationalstaat viel mehr Förderungsmittel darbietet, als das souveräne Bruchstück eines Volks, daß das Leben in ihm bis in seine entlegensten Glieder hinaus ungleich voller pulsirt, als in diesem, wie man denn überhaupt in dem außerpreußischen, besonders südlichen Deutschland nachgerade von dem selbstgefälligen Wahn sollte geheilt sein, daß man es bei uns in allen Beziehungen „so herrlich weit gebracht." Uebrigens stammt jene Hervorhebung der Vorzüge, welche die Zersplitterung einer Nation in souveräne Kleinstaaten habe, und die hiemit in Verbindung stehende Behauptung, daß diese Zersplitterung mit dem providentiellen Beruf Deutschlands zusammenhänge, ein Volk allgemeinster Bildung mit Beschränkung mehr auf das geistige Leben, ein „Volk der Denker und Dichter" zu sein, lediglich aus einer Zeit, in welcher man der Misère der staatlichen Ohnmacht Deutschlands, um sich möglichst mit derselben auszusöhnen, allerlei gute Seiten abzugewinnen und sich dieselbe irgendwie zurechtzulegen suchte. Wie sehr aber die etwaigen Vortheile der Zersplitterung, die ja keineswegs nur dieser zuzuschreiben sind, durch die schweren Nachtheile aufgewogen und überwogen werden, welche dieselbe für das innere und äußere Leben einer Nation mit sich bringt, ist schon oben gezeigt worden.

Daß nun Deutschland die für sein Gedeihen, ja auch nur für seine Sicherheit nöthige Einheit vor dem Jahr 1866 bereits gehabt habe, wird wohl Niemand behaupten. Seit es das habsburgische Kaiserhaus vorgezogen hatte, die deutsche Reformation, welche ihm Gelegenheit gab, das festeste Einheitsband um die Nation zu schlingen und für immer an ihrer Spitze zu bleiben, von sich zu stoßen und in seinen Erblanden eine rücksichtslose, zum Theil blutige „Gegenreformation" durchzuführen, seit in Folge hievon der dreißigjährige Krieg nach dem Herzenswunsch der Wiener Jesuiten Deutschland in eine „Straße von Blut" verwandelt und die Nation aufs Tiefste zerrüttet hatte, war das Reich deutscher Nation, welches zuvor schon, besonders unter der Leitung unfähiger Kaiser, schwächlich genug bestanden, völlig dahin und nur Name und Schatten übrig geblieben. Der westphälische Friede machte Deutschland zu „einem lockern Staatenbund von mehr als 300 großen und kleinen Staaten" mit Verfassungen in buntester Erscheinung, mit voller Souveränetät, ja mit dem Recht, Bündnisse unter sich und mit auswärtigen Fürsten zu schließen, und auf dem Reichstag selbst mußten in allen gemeinsamen Angelegenheiten sämmtliche Stände des Reichs nicht blos, wie bisher, mit berathender, sondern mit beschließender Stimme gehört werden. Es war die offen erklärte staatliche Ohnmacht, mit welcher der sociale Verfall Hand in Hand ging, und Deutschland wurde nun mehr und mehr die Beute des übermächtig werdenden Frankreichs, welches mit List und Gewalt ein Stück des Reichs nach dem andern an sich riß und durch seinen Einfluß in Sitte, Kunst und Wissenschaft auch dem Geiste der Nation den größten Abbruch that, bis endlich ihre Erniedrigung unter dem napoleonischen Despotismus den tiefsten Grad erreichte. Im Jahr 1806 erklärten die deutschen Rheinbundsfürsten an den Reichstag zu Regensburg, daß sie kein deutsches Reich mehr anerkennen, und stellten sich unter Napoleons Protectorat, worauf Franz II. die deutsche Krone niederlegte und seine Lande unter das Erbkaiserthum von Oestreich stellte, welches er voraussorgend schon 2 Jahre früher

proclamirt hatte. Noch im gleichen Jahre wurde Preußens und wenige Jahre nachher auch Oestreichs Macht gebrochen und die deutsche Nation schien den Todesstreich empfangen zu haben. Und als sie sich gleichwohl wieder mit unverwüstlicher Lebenskraft erhob und die Fremdherrschaft abschüttelte, wurde ihr noch einmal auf dem Wiener Congreß ein künstlicher Verfassungsmechanismus, der „deutsche Bund", octroyirt, welcher geflissentlich darauf angelegt war, jeder wahren Einigung der Nation den Riegel vorzuschieben und ihre Zersplitterung zu verewigen. Der deutsche Bund, geschlossen ohne jede Berücksichtigung der in Gottes Ordnung begründeten nationalen Bedürfnisse, ein bloßes diplomatisches Uebereinkommen einander widerstrebender, selbstsüchtiger Interessen, war von Anfang an ein bloßer Scheinbund. Die einzigen thatsächlichen Factoren desselben waren Oestreich und Preußen, d. h. ihre Regierungen, und solange Preußen mit Oestreich ging, indem es dessen Politik sich unterordnete, war Alles recht und gut; sobald es sich aber beikommen ließ, eine selbstständige deutsche Politik zu verfolgen, hatte es alsbald Oestreich und die kleineren Staaten gegen sich, welche bei allem liberalen Gerede von deutscher Einheit derselben doch kein einziges wirkliches Opfer bringen mochten. Die Mittel- und Kleinstaaten waren in Wahrheit auf dem Bundestag politische Nullen, die nur galten, wenn ihnen Oestreich und Preußen oder im Widerstreit beider das erstere die Ziffer vorsetzte, und Bedeutung hatten sie nur, wenn es galt, eine befriedigendere politische Gestaltung Deutschlands zu verhindern; denn zu Beschlüssen über „organische Bundesgesetze" bedurfte es der Stimmeneinhelligkeit, so daß selbst ein Fürst von Lichtenstein durch sein Votum, falls er hartnäckig blieb, jede rechtliche Neugestaltung hintertreiben konnte. Dazu kam noch die Souveränetät außerdeutscher Fürsten über einzelne deutsche Provinzen, welche ihnen das Recht gab, sich in alle Angelegenheiten Deutschlands zu mischen — mit Einem Wort, eine so monströse Gestaltung, wie die deutsche Bundesverfassung von 1815, eine so eigenthümliche, auf Zwietracht und Gegenwirkung basirte Einigung, eine so durchaus nur mechanisch

construirte, jeder lebendigen Gliederuug entbehrende Volksexistenz, wie die bundestäglich deutsche, ist in der Geschichte nicht dagewesen. Und wenn dieses Machwerk menschlicher Willkür auch in ordinären Zeiten zur Noth vorhielt: vor jedem heftigeren Windstoß mußte es erzittern im tiefsten Grund, und das deutsche Volk war fort und fort in Gefahr, daß ihm das Haus über dem Kopf zusammenstürze, zumal bei der über alle Maßen schlechten Kriegsverfassung des Bundes. Wäre seinerzeit das bundestägliche Deutschland von Frankreich mit Krieg überzogen worden und Preußen hätte nicht in anderer Weise gerüstet, als seine Bundesgenossen, es wäre dem Vaterland übel ergangen, trotz den Millionen, welche alljährlich von den 36 Militärbudgets der Bundesstaaten verschlungen wurden. Und von einem Schutz der so bedeutenden, der französischen weit überlegenen deutschen Handelsmarine, dieser Lebensbedingung deutscher Industrie und deutschen Handels überhaupt, von irgend welcher Kriegsmarine und Küstenbefestigung war ohnehin nicht die Rede. Aber auch mitten im Frieden hatte Deutschland den Fluch seiner politischen Mißgestaltung zu tragen. Im Ausland war der deutsche Name verachtet, so sehr man auch die persönlichen Vorzüge des Einzelnen auszubeuten liebte, und der Deutsche ohne jeden ausgiebigen Rechtsschutz von Seiten des Vaterlandes; die auswandernden Kinder der Nation, nach hunderttausenden zählend, waren sowohl zu Wasser als zu Land der Willkür und Habsucht preisgegeben und eine Verwerthung auch dieser abfließenden Kräfte für das große Ganze eine Unmöglichkeit, von dem gräulichen Menschenhandel, der je und je mit Deutschen männlichen und weiblichen Geschlechts ins Ausland getrieben wurde, gar nicht zu reden; der Verkehr im Innern hatte mit den mannigfachsten Schwierigkeiten, mit Verschiedenheiten der Gesetzgebung, mit Eifersüchteleien und Kirchthurmsinteressen jeder Art zu kämpfen, und selbst der Zollverein, das einzige von bedeutenderem nationalem Interesse, was den unglückseligen politischen Verhältnissen abgerungen werden konnte, wurde von manchen seiner Genossen nur widerwillig getragen, und war besonders in

Folge der Eifersucht Oestreichs immer neu sich wiederholenden Krisen ausgesetzt, welche jedesmal seinen Bestand in Frage stellten. Was aber die Nation durch den Mangel organischer Einheit an sittlichen Gütern eingebüßt hat, wie zumal in unserem Süddeutschland der Masse Blick und Verständniß, Opfersinn und Begeisterung für das Ganze abhanden kamen, wie die Selbstsucht des Particularismus auch die Selbstsucht und den materiellen Sinn des Individuums großzog, wie dieselbe vielfach die höheren Ordnungen des Volkslebens, Religion, Zucht und Sitte und selbst die obrigkeitliche Autorität einer falschen atomistischen Freiheit, die Freiheit des Geistes der Freiheit des Fleisches zum Opfer brachte, kommt in seinen Früchten immer erschreckender zu Tag, und es zeigt sich recht deutlich, daß der Egoismus der centrifugalen Kleinstaaterei ebenso entsittlichend wirkt, wie der Egoismus der absoluten Centralisirung. Sollte Deutschland nicht allmählig in der süßen Gewohnheit seines Daseins der innern und äußern Auflösung entgegenbummeln, mußte etwas Außerordentliches geschehen; der frische, scharfe Morgenwind des Jahres 1866 mußte den Alpdruck, unter welchem die deutsche Entwicklung wie in unlösbarem Zauberbanne lag, hinwegnehmen, und es ist Preußen, welches dem deutschen Volk, wenn auch zum Theil wider dessen Willen, diesen Dienst geleistet und hiedurch seinen deutschen Beruf aufs Entschiedenste bethätigt hat.

Aber wie Preußen von seinen Widersachern das Existenzrecht bestritten wird, so noch viel heftiger sein deutscher Beruf, d. h. sein Beruf, das deutsche Volk einem nationalen Staatsleben entgegenzuführen. Und doch trägt seine ganze Geschichte den Stempel dieses Berufs. Während Haus Habsburg gar frühe schon aufhörte, „allzeit Mehrer des Reichs“ zu sein, war das hohenzollern'sche Brandenburg-Preußen von Anfang an Träger des erhaltenden und expansiven Elements deutscher Volkskraft. Es war ein Mann von ächt deutschem Schrot und Korn, ein Fürst von großem Verdienst um Kaiser und Reich, jener Nürnberger Burggraf aus dem Geschlecht der Zollern, welchen

der schwache Kaiser Sigmund im Jahr 1417, gerade 100 Jahre vor der Reformation, mit dem Kurfürstenthum Brandenburg belehnte und welcher diese Nordmark Deutschlands, die in Folge langer Verwahrlosung dem Reich verloren zu gehen drohte, durch Herstellung deutscher Zucht und Ordnung wieder kräftigte. Und als später auch die Provinz Preußen an den Brandenburger Kurfürsten fiel, trat dieser mit frischer Kraft in die dem Deutschorden entfallene Arbeit der Germanisirung dieses wichtigen Gränzlandes ein, welches in nicht allzulangem Zeitraum in durch und durch deutsches Land umgewandelt war. Im Ringen mit dem fremden Volksthum erstarkte die deutsche Kraft, blieb das deutsche Nationalgefühl lebendig. Vor Allem aber trat Brandenburg-Preußen durch sein Eingehen in die deutsche Reformation, diese eigenste Schöpfung des mit dem Christenthum vermählten germanischen Geistes, in den deutschen Beruf ein, welchen das bisherige Herrscherhaus Deutschlands von sich gestoßen hatte, und besonders seit dem dreißigjährigen Krieg ging es Schritt vor Schritt vorwärts mit der deutschen Stellung Preußens. Gegen das räuberische Frankreich unter Ludwig XIV., wie gegen das von demselben beeinflußte Schweden hielt der große Kurfürst deutsche Waffenehre und deutschen Nationalsinn aufrecht, und so wenig wir die Politik Friedrichs des Großen in jeder Hinsicht zu vertreten gemeint sind, Thatsache ist, daß, was damals von nationalem Geist in Deutschland war, sich an Preußens Heldenkampf erwärmte und für Preußen Partei nahm. Zwar der wilden Naturkraft des in Frankreich erwachten Revolutionsgeistes, wie sie bald von Napoleon disciplinirt und in den Dienst des Despotismus genommen wurde, erlag mit Deutschland auch Preußen; dieses war aber auch das erste deutsche Land, in welchem das Nationalbewußtsein wieder erwachte und von welchem der Begeisterungshauch ausging, ohne welchen Deutschland in den französischen Sklavenketten geblieben wäre. Noch jetzt macht eine Vergleichung des 1813 in Preußen aufflammenden Geistes mit der damaligen zerfahrenen Stimmung des übrigen Deutschlands, besonders

der Rheinbundsstaaten, den beschämendsten Eindruck. Ohne Preußen, ohne seinen Geist, sein Heer, sein Feldherrn- und staatsmännisches Talent wäre, menschlich gesprochen, die deutsche Nation nicht wieder erstanden. Und auch seit dem hat Preußen seinen deutschen Beruf vielfach bekundet: es hat fortgermanisirt und auch seine polnischen Landestheile, soweit sie der Wiener Congreß wieder seinem Scepter zugewiesen hatte, völlig unter den Einfluß des deutschen Geistes gebracht, während in Oestreichs Provinzen, nicht blos in den außerdeutschen, sondern auch in solchen, die zum deutschen Bundesgebiet zählten, das germanische Element vor dem italienischen, slavischen, ungarischen Schritt vor Schritt zurückwich und noch zurückweicht; es hat die so verschiedenartigen deutschen Stämme, welche in Ost und West unter seinem Scepter vereinigt waren, in einer Weise staatlich zu verschmelzen gewußt, daß keiner derselben auch nur von ferne an eine Wiederloslösung vom preußischen Staatsverband denkt, und Preußens Fähigkeit, auch die übrigen, noch abseits von ihm stehenden Theile Deutschlands unter seiner Führung zu vereinigen, unzweifelhaft feststeht; es vertritt, im Gegensatz zu wälscher Centralisation, die ächt germanische Idee des Staates als einer organisch gegliederten Einheit; es hat den Grundsatz der Parität, ohne welchen ein einiges Deutschland und überhaupt die Staatseinheit in unserer Zeit nicht mehr gedacht werden kann, in einer Weise verwirklicht, wie kein anderer Staat Europas, so daß auch die katholische Kirche in Preußen einer Freiheit der Bewegung genießt, welche sie selbst rückhaltslos anerkennt; es hat zuerst in seinem Heer auf uralt deutschen Principien die deutsche Nationalkraft entfaltet, und ihr schon jetzt, da ihr noch der allseitige entschiedene Zusammenschluß fehlt, eine achtunggebietende Stellung in Europa erworben. Und das Volk Preußens, besonders seiner Stammprovinzen, besitzt theils als Naturgabe, theils im Lauf der geschichtlichen Entwicklung unter Arbeit und Kampf errungen, jene Kraft und Tüchtigkeit, jene Zähigkeit und Ausdauer, jene Selbstbeherrschung und Nüchternheit, wie sie erforderlich sind, um sowohl ein eigenes kraftvolles Staatswesen,

als auch den zuverläßigen Kitt für einen Bundesstaat zu bilden. Kurz für Jeden, der die Dinge mit objectivem, geschichtlichem Auge betrachtet und nicht in eigensinnigen Idealen und persönlichen Liebhabereien befangen gegen die klarsten Thatsachen ankämpft, ist der deutsche Beruf Preußens über allen Zweifel erhaben, und das Bewußtsein hievon, welches das ganze preußische Volk von oben bis unten mit eigenthümlicher Lebendigkeit und Sicherheit durchdringt, ist keine bloße Einbildung oder Anmaßung, sondern wurzelt in seiner ganzen Geschichte und seinem innersten Lebenstrieb. So war denn Preußen auch berufen, auf eine Andersgestaltung der deutschen Zustände hinzuwirken; ja es war hiezu vermöge des providentiellen Zusammenhangs seiner Selbsterhaltung mit dem öffentlichen Zustand Deutschlands genöthigt und verpflichtet.

Daß es nun aber, ehe es die Entscheidung der Waffen anzurufen genöthigt war, zuvor alle möglichen Wege einschlug, um eine friedliche Lösung der deutschen Verfassungsfrage herbeizuführen, dafür kann es wieder getrost sich auf das Zeugniß der Geschichte berufen. Gleich nach den Tagen des Wiener Congresses war es Preußen vor Allem, welches, Anfangs noch in Verbindung mit Oestreich, eine Veränderung der deutschen Bundesverfassung anstrebte, die es ermöglichen sollte, sowohl im Innern die gemeinsamen Beschlüsse energischer durchzuführen, als die Interessen Deutschlands nach Außen mit Erfolg zu wahren. Ein aus Oestreich und Preußen gebildetes Directorium mit einem engeren Fürstenrath, einem weiteren, aus Fürsten und Abgeordneten der Bundesstaaten bestehenden gesetzgebenden Körper und einem Bundesgericht zur Beilegung innerer Streitigkeiten, sowie die Eintheilung Deutschlands in Kreise mit Kreisobersten als untergeordneten Verwaltungsbehörden waren die Grundzüge der vorgeschlagenen Aenderung. Aber die größeren Staaten des früheren Rheinbundes, unterstützt von den jeder Kräftigung Deutschlands abholden auswärtigen Mächten, waren die entschiedensten Gegner dieses Vorschlags, und Preußen mußte denselben, da auch Oestreich keinen Eifer zeigte, Stück für Stück fallen lassen. So

schleppte sich denn Preußen mit der Fessel des „Bundes,“ bis derselbe dem Sturm des Jahres 1848 erlag, nachdem er zuvor durch seine rein prohibitive Haltung den Haß der Revolutionsparteien, durch seine Unfähigkeit, den nationalen Bedürfnissen positive Befriedigung zu gewähren, das Verwerfungsurtheil der Conservativen sich zugezogen hatte und das allgemeine Gespött des In- und Auslandes geworden war. Aber auch die Reichsverfassung von 1848, wie sie nun aus den Berathungen der deutschen Nationalversammlung hervorging und Preußen die Reichsgewalt antrug, mußte Friedrich Wilhelm IV. entschieden ablehnen, da sich mit ihrer stark demokratischen Verquickung eine wirkliche Staatsgewalt nicht vertrug und die preußische Spitze nach vielseitigem Widerspruch nur mit einem Mehr von 42 Stimmen und durch ein unnatürliches Compromiß entgegengesetzter Parteien zu Stand gekommen, auch von der Zustimmung der deutschen Fürsten vollständig Umgang genommen worden war. Ein Beschluß der Art war doch ein allzuschwacher, höchst verdächtiger Rechtstitel, auf welchen sich Preußen um so weniger einlassen konnte, als in der That sein Recht auf die Führerschaft Deutschlands viel tiefer begründet war und Preußen hiemit einen sicheren Boden aufgegeben hätte, um sich auf einen durchaus unsicheren zu stellen. Dagegen machte es alsbald nach Ablehnung der Reichsverfassung in loyaler Verhandlung mit sämmtlichen früheren Bundesgenossen andere Verfassungsvorschläge, welche jedoch sogleich auf Oestreichs Widerspruch stießen; und da auch Württemberg und Bayern nicht darauf eingingen, so begnügte sich Preußen vorerst in Verbindung mit Hannover und Sachsen einen deutschen Verfassungsentwurf aufzustellen, welcher mit großer Mäßigung dem Föderalismus alle mit einer wirklichen Centralgewalt vereinbare Rücksicht erzeigte und an welchen sich bald auch die übrigen norddeutschen Staaten anschloßen. Diese Aktion Preußens war in der That keine Anmaßung; vielmehr war es hiezu, wie auch der treffliche „historische Rückblick“ im Schwäb. Merkur (vom 28. Juni 1868) darthut, „durch die Rücksicht auf seine Selbsterhaltung und auf das Be-

dürfniß der deutschen Nation gezwungen; es konnte nicht noch einmal eine Katastrophe, wie die von 1848, über sich hinbrausen lassen; es mußte der Erneuerung der deutschen Revolution zuvorkommen durch eine Lösung der deutschen Frage in gemäßigtem, bundesstaatlichem Sinn; es mußte die kleineren Staaten unter seine Obhut nehmen und sie unter seiner Centralgewalt zusammenfassen, um sie nicht wieder mit dem Blut seiner eigenen Landeskinder von der Revolution erretten zu müssen; die Centralgewalt aber, welche Preußen vorschlug, war so föderalistisch eingerichtet als möglich." — „Wie wurde ihm aber," fährt der oben erwähnte Artikel fort, „diese Mäßigung, diese patriotische Haltung von Oestreich und den Kleinstaaten vergolten? Oestreich verband sich mit Rußland zum Zwang gegen Preußen; in Olmütz wurde zwischen den Kaisern von Oestreich und Rußland verabredet, daß Preußen mit Krieg überzogen werden solle, wenn es nicht unter den Bundestag zurückkehre und sich in Allem und Jedem unterwerfe. In Warschau wurde den preußischen Abgeordneten die Pistole auf die Brust gesetzt; Preußen hatte nur die Wahl zwischen Krieg oder Unterwerfung unter den schmachvollsten Bedingungen. Es gab nach, und dem Grafen Brandenburg, welcher diesen ungeheuren Fall Preußens miterleben mußte, brach das Herz; aber auch dem preußischen Staat war Geist, Blut und Leben genommen durch die Rücksichtslosigkeit seiner Gegner. Preußen mußte die unerhörte Treulosigkeit Hannovers und Sachsens ruhig hinnehmen; es mußte sich gefallen lassen, daß diese die Unionsverfassung, welche sie so eben im Verein mit Preußen aufgestellt und dem deutschen Volk angeboten hatten, zuerst abschüttelten. Es mußte Schleswig-Holstein preisgeben, welches von ihm erobert worden war; es mußte seine Officiere, seine Truppen von da zurückrufen und dafür Henkersknechte hinsenden, welche im Verein mit den Oestreichern das Land gebunden an Dänemark auslieferten. Es mußte Kurhessen, dessen Einwohner auf Preußen gehofft und gebaut hatten, an Oestreich und Baiern übergeben und den Kurfürsten wieder einsetzen helfen; es mußte Baden, das von ihm der Anarchie entrissen worden war, sich

selbst überlassen, mit der Aussicht, daß es der östreichischen Reactions- und Concordatspolitik in die Arme falle. Es mußte in die Sklaverei des Bundestags zurückkehren, in welchem alle Einrichtungen darauf berechnet waren, daß Preußen an Händen und Füßen durch die östreichische Präsidialmacht und ihren Anhang gebunden war." Die eine Hälfte des Oestreichischen Programms, „Preußen zu erniedrigen," war ausgeführt; die andere, es schließlich „zu zerstören," blieb passender Gelegenheit vorbehalten. Es war in der That von Oestreich und seinen Verbündeten nicht blos unklug und rücksichtslos, es war geradezu frivol, einfach wieder zu einem längst als unhaltbar erkannten und durch die Ereignisse bereits rechtlich und thatsächlich beseitigten Verfassungszustand, dessen specifisches Wesen alle Möglichkeit einer gründlichen Besserung ausschloß, zurückzukehren und hiezu auch Preußen und seine Bundesgenossen zu zwingen. Es war ein geradezu unsittliches Verhältniß, in welches hiedurch Preußen und mit ihm die deutsche Nation hineingebannt wurde und welchem in Wahrheit alle innere Rechtsverbindlichkeit fehlte. Zwar traten drei der bundesfreundlichen Staaten, Bayern, Sachsen und Württemberg, im Gefühl, daß denn doch mit bloßer Negation oder einfacher Restauration der Pflicht nicht genügt sei, auch ihrerseits mit einem Verfassungsprogramm hervor, dem Oestreich gleichfalls zustimmte; dasselbe mußte aber schon darum außer Betracht bleiben, weil es den realen Machtverhältnissen der deutschen Staaten wiederrum nicht entsprach und die Monstrosität deutscher Verhältnisse durch den von Oestreich begehrten Eintritt auch seiner außerdeutschen Länder noch gesteigert hätte. So vergingen denn wieder, ungenützt für Deutschlands inneren Ausbau, zehn kostbare Jahre, und erst als sich die allgemeine europäische Lage wieder drohender gestaltete und Napoleon III. mehr und mehr mit seinen umfassenden Herrscherplanen hervortrat, machte sich die Nothwendigkeit, gegen einbrechende Stürme einen solideren Verfassungsbau, aufzuführen, auch den widerstrebenden Elementen aufs Neue fühlbar. Zeigten sich jedoch schon Verbesserungen im Ein-

zelnen, z. B. die nach dem italienischen Krieg von 1859 beantragte Revision der Bundeskriegsverfassung und die von Baden angeregte Errichtung eines Bundesschiedsgerichts, unter den unnatürlichen Verhältnissen des Bundes unausführbar, so war vollends eine von dieser Grundlage aus versuchte befriedigende Gesammtreform der deutschen Verfassung ein innerer Widerspruch, ein Aufsuchen der Quadratur des Cirkels. Dieß offenbarte sowohl der Verfassungsentwurf des sächsischen Ministers v. Beust, welcher Ende 1861 ans Licht trat, als auch ganz besonders die im August 1862 vom Kaiser von Oestreich der Fürstenversammlung zu Frankfurt vorgelegte Reformacte. Der erstere wurde selbst von Oestreich abgelehnt, weil es nicht mit Preußen den Vorsitz theilen oder sich hiezu nur unter der Bedingung verstehen wollte, daß der deutsche Bund auch die Vertheidigung seiner außerdeutschen Besitzungen übernehme und ihm Venedig und Ungarn garantire. Preußen aber konnte nach langjähriger Erfahrung von einem Staatenbund gleich dem bisherigen, wie ihn auch der Beust'sche Entwurf zur principiellen Grundlage hatte, weder sein eigenes, noch Deutschlands Heil erwarten. Noch weniger entsprach die östreichische Reformacte den realen Machtverhältnissen der Bundesglieder und dem Anspruch der Nation auf eine thatkräftige Zusammenfassung. Oestreich verlangte den Vorsitz im Directorium und Bundesrath, wie überhaupt sein Einfluß auf Deutschland, gewiß ein unheilvoller zumal unter seinen damaligen Verhältnissen, noch verstärkt worden wäre; auch war die vom Entwurf gewährte Vertretung der Nation in Wahrheit nur eine wirkungslose Scheinconcession an das Bedürfniß der Zeit. Aber auch die Selbstüberhebung, mit welcher Oestreich ohne jedes vorherige Benehmen mit Preußen, gleichsam als die einzige Großmacht Deutschlands, in dieser Sache vorging und mit Preußen nur auf demselben Fuße, wie mit den Mittel- und Kleinstaaten verhandeln wollte, die höhnende Arglist, mit welcher man Preußen gleichsam hinterrücks in die Falle hineinzuschieben suchte, war verletzend, und Graf Bismarck sprach es bei der östreichischen Einladung nach

Frankfurt offen aus: es sei der Würde seines Königs nicht angemessen, sich nach Frankfurt zur Entgegennahme von Vorschlägen zu begeben, über welche die Ansicht Preußens nicht vernommen worden sei. Uebrigens machte Preußen gleichwohl Anträge, deren Annahme seinen Beitritt zur Reformacte bedingt hatte. Es verlangte Gleichstellung mit Oestreich, statt einer Delegirtenversammlung eine direkte Vertretung der ganzen Nation, und um nicht durch eine von Oestreich leicht zu erzielende Stimmenmehrheit in Kriege hineingerissen zu werden, welche weder in seinem noch im allgemein deutschen Interesse lagen, das Recht des Veto wenigstens gegen Kriegserklärung. Diese Vorschläge wurden verworfen; die ganze Reform, von der nicht einmal feststeht, ob sie Oestreich auch nur ernstlich gewollt hat, scheiterte, und der einzige Gewinn, welcher Deutschland aus diesen Verhandlungen blieb, war das offene Geständniß Oestreichs und seines Anhangs, „daß die deutschen Bundesverhältnisse durchaus morsch und unhaltbar seien“, „daß ein Zustand vollständiger Zerfahrenheit begonnen habe, in welchem die deutschen Regierungen schon jetzt nicht mehr in festen Vertragsverhältnissen zusammenstehen, sondern nur noch im Vorgefühl nahender Katastrophen neben einander fortleben, während die im Stillen geschürte Revolution auf ihre Stunde warte.“ Fürwahr ein denkwürdiges Bekenntniß aus dem Munde derer, welche Deutschland mit aller Gewalt diesen „Rechtszustand“ aufgedrängt hatten und auch jetzt nicht im Stande waren, das geringste wirkliche Opfer zur Beseitigung desselben zu bringen. Ebensowenig Erfolg hatten auch die andern mittel- und kleinstaatlichen Berathungen und Conferenzen zu Würzburg und an a. Orten, weil sie fort und fort auf unmöglicher Grundlage zu bauen versuchten, und so blieb eine Zeitlang wieder Alles in der Schwebe. Auch alle Versuche Preußens, wenigstens auf einzelnen Punkten bessere Zustände für sich selbst und für Gesammtdeutschland herbeizuführen, glitten an dem Widerwillen seiner Gegner ab; der unbedeutendste Schritt vorwärts, wärs auch nur eine Militärconvention mit einem Duodezstäätchen gewesen, stieß auf Schwierigkeiten und selbst die werthvollsten

3*

Vorschläge, z. B. zu besserer Küstenbewaffnung, wanderten als schätzbares Material ins Bundesarchiv. Man hatte sich mit Einem Wort in Deutschland so ziemlich daran gewöhnt, Preußens Anregungen beim Bundestag bald mit mehr, bald mit weniger Glanz durchfallen zu sehen, und wie Jeder, der allezeit will und niemals durchdringt, kam es seinen Feinden, ja der ganzen Welt gegenüber mehr und mehr in die Lage, sich lächerlich und verächtlich zu machen. Die höhnische Unterschätzung, welcher Preußens Macht und Politik auch zu Anfang des Krieges 1866 fast überall begegnete, ist wesentlich eine Frucht seiner vielen vergeblichen Anstrengungen, in anderer Weise, als durch das Schwert, die schwebenden Fragen zu lösen.

Nun aber kam Ende des Jahres 1863 mit dem Tod des Dänenkönigs Friedrich III. die schleswig-holstein'sche Frage plötzlich in einer Weise auf Tagesordnung, welche definitiven Austrag erheischte, und eben diese Frage war es, in welcher sich für Preußen das Interesse der Selbsterhaltung und das Gesammtinteresse Deutschlands aufs Innigste durchdrangen und mit welcher darum auch die deutsche Reformfrage wieder in Lösung fordernder Dringlichkeit hervortrat. Sie war der Brennpunkt, in welchem sich alle politischen Fragen Deutschlands vereinigten und an welchem endlich die lang zurückgedrängte Kriegsflamme aufloderte. Dieß muß fest ins Auge gefaßt werden, wenn Preußens Verhalten in dieser Frage, auf welches so viele Steine geworfen worden sind, gerecht beurtheilt werden soll. Zunächst wurde von ihr Preußens Existenz an den empfindlichsten Punkten berührt. Es konnte nicht zugeben, daß sich im höchsten Norden Deutschlands innerhalb seines factischen Machtgebiets ein neuer souveräner Kleinstaat bilde, welcher sein Gewicht, dem herkömmlichen Gang der Dinge gemäß, nur in Oestreichs Wagschale geworfen und Preußens Gegnern im Bundestag, von welchen es ohnehin beständig majorisirt wurde, eine weitere Stimme zugeführt hätte. Es konnte nicht zugeben, daß sich der Keil von Kleinstaaten, welcher zwischen seine beiden Hälften getrieben war, noch verstärke und consolidire durch die Verbindung

mit einem weiteren, durch seine maritime Bedeutung besonders wichtigen Kleinstaat, zumal da es entschieden das Streben des Welfenfürsten in Hannover war, im nordwestlichen Deutschland einen Machtmittelpunkt im Gegensatz gegen Preußen zu bilden. Sogar in Dänemarks Hand, das doch immerhin eine selbstständige staatliche Stellung einnahm, war Schleswig-Holstein eine geringere Gefahr für den preußischen Staat, als in der Form eines Oestreichs Macht verstärkenden Kleinstaats. Und während so das Gewicht desselben seinen Gegnern zu statten gekommen wäre, hätte Preußen dennoch vorkommenden Falls mit dem Schwert für ihn einstehen und ihm seinen Schild vorhalten müssen. Ueberdieß drohte ein souveränes Schleswig-Holstein, vermöge der Art und Weise, in welcher sich seine Gestaltung vollzogen, und gemäß der Politik, welche es wohl im Gegensatz zu Preußen eingehalten hätte, in noch höherem Grad, als selbst Süddeutschland, ein Heerd der Demokratie zu werden, von welchem weitere lockernde Einflüsse auf Preußens festes Staatsgefüge hätten ausgehen müssen. Ebenso entschieden war aber die schleswig-holsteinische Frage zugleich eine deutsche, nicht blos in dem Sinn, daß sie überhaupt eine Beziehung zu Deutschland hatte, sondern vor Allem darum, weil sie mit dessen Gesammtinteresse wesentlich zusammenhing; denn jede bedeutendere Nation sucht das Meer zu gewinnen, um mittelst desselben an dem großen Völkerverkehr und fördernd und Förderung empfangend an der Gesammtentwicklung der Menschheit theilzunehmen, und daß der germanische Stamm auch für das Meer besondere Begabung und innern und äußern Beruf hat, lehrt die Geschichte und die Karte Europas. Wie wenig aber Deutschland trotz seiner weitgestreckten Küsten an Nord- und Ostsee eine feste, gesicherte Stellung am Meer einnahm, wie der unbedeutendste Feind, wenn er anders ein paar Kriegsschiffe besaß, der deutschen Nation das Meer sperren und ihrem Handel, ihrem innern und äußern Verkehrsleben die tiefsten Wunden schlagen konnte, wie auch in Friedenszeiten der deutsche Seehandel allen möglichen Chikanen ausgesetzt war, wie seine bedeutendsten Seestädte,

ohnehin auch zu souveränen Staaten erklärt, eine Sonderstellung zum Verkehr ihres großen, stammverwandten Hinterlandes einnahmen, wie jeder Schritt Preußens, der Nation eine Stellung am Meere zu gewinnen und zu sichern, fruchtlos blieb, wie Hannover in kleinlichster Weise dem preußischen Staat nicht einmal erlaubte, sich durch eine Eisenbahn mit dem von Oldenburg theuer erkauften und zum Kriegshafen bestimmten Jahdebusen an der Nordsee in Verbindung zu setzen, ist theilweise schon angedeutet worden. Konnten die vortrefflich gelegenen Elbherzogthümer mit ihrer seetüchtigen und auch sonst rührigen und kernhaften Bevölkerung in enge gliedliche Verbindung mit Gesammtdeutschland gebracht werden, so war endlich für dieses die ihm gebührende und nothwendige maritime Stellung gewonnen und für Schleswig-Holstein selbst die starke, schützende Hand gefunden, deren diese deutsche Nordmark gegenüber so vielen hier sich kreuzenden fremden Nationalinteressen bedarf. Wurde sie aber souveränes Land, so wurde sie nicht blos eine weitere Stärkung des bundestäglichen Partikularismus, sondern sie wäre auch nie und nimmer im Stande gewesen, ihre ganze maritime Kraft zu entwickeln; dieselbe wäre für Deutschland, vielleicht auf immer, verloren gegangen. So wäre es denn auch unstreitig gekommen, wenn diese Frage bundestäglich behandelt worden wäre, und Preußen mußte dieß aus den entwickelten Gründen durchaus zu verhindern suchen. Darum nahm es zunächst den Krieg mit dem widerstrebenden Dänemark selbst in die Hand, indem es unter Beseitigung der Bundeshilfe sich mit Oestreich verband, welches sich seinerseits, wohl in der Absicht, Preußen nicht einseitig gewinnen zu lassen, gerne herbeiließ. Es war gerechte Nemesis, daß der Bund, dessen gewaltthätige Wiederherstellung ganz unmittelbar auch die schmachvolle Ueberlieferung der Elbherzogthümer an Dänemark verschuldet hatte, keinen Antheil an ihrer endgiltigen Befreiung haben sollte, daß vielmehr diese vor Allem dem damals so schmählich mißhandelten und zum Henkersdienst an den Herzogthümern genöthigten Preußen zufiel, gerechte Nemesis, daß Oestreich, welches die Hauptschuld an jenem undeutschen

Vorgehen trug, vorerst noch die Hand zu einem Krieg gegen Dänemark bieten mußte, welcher zuletzt nur seinen eigenen Ausschluß aus Deutschland zur Folge hatte. Auch stellte sich bei dieser Ignorirung des Bundes von Seiten der deutschen Großmächte recht die innere Unwahrheit, die Fiction dieses ganzen Bundesverhältnisses heraus, innerhalb dessen doch nur thatsächlich Oestreich und Preußen die Factoren waren, und beim Zusammengehen beider die übrigen Bundesglieder lediglich nichts zu bedeuten hatten; mußte doch der Bund selbst durch förmliche Beschlüsse seine Lahmlegung und endliche Vertreibung aus den Herzogthümern sanctioniren. Uebrigens wäre es dem Bunde ja doch nur mit Hilfe seiner beiden Vormächte, besonders Preußens, möglich gewesen, den Kampf mit Dänemark, zumal wenn derselbe zu einem Kampf mit den andern mehr dänisch gesinnten Großmächten geführt hätte, erfolgreich zu Ende zu führen und, man konnte Preußen nicht zumuthen, für den von ihm als unerträgliche Fessel empfundenen Bundestag die Kastanien aus dem Feuer zu holen., um so weniger, da es zugleich eine vom Bund unabhängige Großmachtstellung einnahm, die es berechtigte, den Krieg mit Dänemark auf eigene Faust zu führen.

Nachdem nun aber Dänemark gedemüthigt war und im Wiener Frieden alle seine Rechte auf Schleswig-Holstein und Lauenburg seinen Besiegern abgetreten hatte — was sollte nunmehr aus diesen Ländern werden? Noch viel weniger, als die Eroberung dieser Länder, konnte die Bestimmung darüber dem Bundestag überlassen werden, der gar nicht in der Lage war, in dieser Beziehung dem dringenden Bedürfniß der Zeit zu entsprechen. Gleichwohl wäre Preußen bereit gewesen, in Uebereinstimmung mit Oestreich und dem Bund die Elbherzogthümer an den Prinzen Friedrich von Augustenburg, obgleich dessen Ansprüche nicht außer allem Zweifel lagen, zu überlassen, wenn sich derselbe zu denjenigen Concessionen verstanden hätte, welche sowohl die Staatsverhältnisse Preußens, als die Gewinnung und Verwerthung dieser Provinzen für das Gesammtinteresse Deutschlands unerläßlich machten; aber der Prinz verhielt

sich ausweichend und ablehnend: er hoffte mit Hilfe Oestreichs und des Bundes, am Ende wohl auch Frankreichs, eine im Wesentlichen ungeschmälerte Souveränetät davonzutragen. Ebensowenig konnte man die Frage der absolut freien Selbstbestimmung der Schleswig-Holstein'schen Bevölkerung anheim stellen. Denn einestheils kann überhaupt nie und nimmer dem Bruchtheil einer Nation das Recht zustehen, sich ganz beliebig und vielleicht in einer Weise einzurichten, welche zum Nachtheil der Gesammtheit ausschlägt; anderntheils wäre eben Letzteres unstreitig der Fall gewesen. Bei der Zähigkeit, mit welcher die Nordalbingier in ächt germanischer Art ihre Selbstständigkeit festhielten und nicht blos dem Dänen, sondern, der neuen Lage ungewohnt, auch der Nation gegenüber zu behaupten suchten und in welcher sie zugleich durch eine mit demagogischer Rührigkeit betriebene politische Agitation bestärkt wurden, war mit Bestimmtheit nichts Anderes vorauszusehen, als daß sie einen im Wesentlichen souveränen Kleinstaat unter dem Prinzen Friedrich errichtet hätten. So blieb Preußen nur Eine Wahl. Entweder mußte es, unter Beiseitsetzung seiner Pflichten gegen sich selbst und mit Verzicht auf seine deutsche Stellung, Oestreich und dem Bundestag nachgeben und sich einem zweiten noch viel schmählicheren Olmütz aussetzen, von welchem es sich wohl nicht wieder erholt haben würde, das nicht blos eine Erniedrigung Preußens sondern in seinen unausbleiblichen Folgen die Vernichtung seiner politischen Geltung bedeutet hätte. Oder es mußte, wenn eine Einverleibung in Preußen nicht zu erreichen war, vorerst auf ein Provisorium in den Elbherzogthümern hinwirken, welches, auf Grundlage des Wiener Friedens, unter gemeinschaftlicher Verwaltung durch Oestreich und Preußen zunächst den Thatbestand wahren und einer definitiven politischen Gestaltung der Dinge, wie sie in naher oder ferner Zukunft dem auf diesem Punkt unzertrennlichen Interesse Preußens und Deutschlands entsprochen hätte, möglichst wenig präjudicirte. Kaum aber war das Provisorium zu Stand gekommen, so trat auch alsbald die sehr natürliche Neigung Oestreichs hervor, wenn auch nicht direct

und positiv, einen Zustand zu fördern, der jedenfalls eine spätere Wendung in preußischem und deutschem Sinn ausschloß. Es hatte hiebei den Vortheil, daß es zu diesem Zweck lediglich nur das Parteitreiben zu Gunsten des Augustenburgers, an welchem sich besonders auch die preußische Demokratie betheiligte, gewähren lassen durfte und hiedurch auf sehr wohlfeile Weise zu Popularität kam, während Preußen auf jedem Schritt, den es zur Freierhaltung der Lage und auf Grund seines Mitbesitzerrechtes that, den Widerspruch nicht blos Oestreichs, sondern auch des in Schleswig-Holstein herrschenden, theils volksthümlichen, theils künstlich genährten Partikularismus gegen sich hatte und deßhalb je und je sich zur Selbsthilfe gedrungen fühlte. Es war eine Abnormität der Lage, aus welcher sich bei der völligen Verschiedenheit der Standpunkte damals schon der Krieg zwischen Oestreich und Preußen zu entwickeln drohte. Vorerst that ihm noch die Convention von Gastein (14. Juli 1865) Einhalt, welche zur Vermeidung von Collisionen die Verwaltung Holsteins an Oestreich, die Schleswigs an Preußen übergab, jedoch mit ausdrücklichem Vorbehalt der Rechte beider Mächte an die Gesammtheit der Herzogthümer. Welcher Ernst es Preußen war, mittelst dieses Vertrages den Krieg zu vermeiden, beweist die Thatsache, daß es in Folge desselben alsbald seine Unterhandlungen mit Italien abbrach und hiedurch die Bundesgenossenschaft desselben auch für die Zukunft aufs Spiel setzte, während Oestreich trotz aller Ableugnung dennoch bei Abschluß des Vertrags Hintergedanken gehegt zu haben scheint. Freilich hatte nun die preußenfeindliche Bewegung, wenigstens in Holstein, noch freieren Spielraum, und die Massenversammlung in Altona (Jan. 1866), in welcher der Sondergeist der Herzogthümer im Bunde mit der vorgeschrittensten Demokratie des nördlichen und südlichen Deutschlands unter den heftigsten Ausfällen gegen Preußen den Augustenburger auf den Schild hob und deren Zulassung Oestreichs Beliebtheit aufs höchste steigerte, gab Bismarck volles Recht, in jener berühmten, die schließliche Wendung zum Krieg in sich tragenden Note vom 26. Jan. über eine „Deteriorirung des

durch den Gasteiner Vertrag der Loyalität Oestreichs übertragenen Pfandobjects zu klagen, das bis zum Eintritt einer Verständigung zwischen den beiden Mitbesitzern in statu quo erhalten werden müsse." Dazu kam, daß Oestreich sich weigerte, den wühlerischen Redacteur Mai in Altona, einen Preußen, auf das Ersuchen des Berliner Kammergerichts auszuliefern, und wenn auch nicht die Stände Holsteins (dieß wäre ein allzu offener Vertragsbruch gewesen), so doch eine Versammlung von Vertrauensmännern des Landes einberief, um mit ihnen das Jahresbudget zu berathen, wobei zugleich die Verfassung von 1854, welche gleichfalls nicht innerhalb des status quo lag, als rechtsgiltig anerkannt wurde. Inzwischen hatte auch Prinz Friedrich von Augustenburg unter östreichischer Zustimmung die Februarbedingungen Preußens, unter welchen es ihm die Regierung der Herzogthümer zu überlassen bereit gewesen wäre, von sich gewiesen, und Preußen war von nun an genöthigt, wenigstens seinerseits zur Aufrechterhaltung des Provisoriums kräftig vorzugehen. Dieß geschah besonders in jener so stark gegen Preußen ausgebeuteten provisorischen Verordnung vom März 1866, worin gegenüber der von Holstein aus betriebenen Agitation jeder Versuch, einer anderen landesherrlichen Autorität, als der Oestreichs und Preußens, gewaltsam Geltung zu verschaffen, mit Zuchthausstrafe bedroht wurde, — eine Verordnung, die, wenn auch nicht mit Oestreich vereinbart, sich doch materiell streng innerhalb des durch den Wiener Frieden und die Gasteiner Convention geschaffenen Zustandes hielt. — So stellte sich immer deutlicher die Unmöglichkeit einer friedlichen Lösung, der Mangel eines Bodens für gemeinsame Verständigung heraus, und es blieb für Preußen, ehe die Entscheidung der Waffen angerufen wurde, nichts übrig, als von dem alten bundestäglichen Deutschland an ein neues, zweckmäßig und gerecht organisirtes zu appelliren und diesem die Schleswig-Holstein'sche Frage anheimzugeben. Hiemit aber schlug diese in die deutsche Frage, in die Grund- und Hauptfrage der deutschen Verfassungsreform über, und auch auf diesem Boden freilich, ja auf diesem in

noch höherem Grad, war der kriegerische Austrag mit Oestreich unvermeidlich.

Diese principiellere Wendung der Sache trat schon in der Bismarck'schen Circulardepesche an die deutschen Regierungen vom 24. März hervor, welche nicht nur bei denselben anfragte, ob und in welchem Maß Preußen auf ihren guten Willen gegenüber einem etwaigen Angriff Oestreichs zählen dürfe, sondern auch, da selbst ein vielleicht augenblicklich vorhandener guter Wille bei den bestehenden Bundeseinrichtungen für kommende Gefahren keine Beruhigung gebe, eine den realen Verhältnissen Rechnung tragende Reform des Bundes in Anregung brachte. Und am 9. April stellte Preußen am Bunde selbst unter Darlegung der völligen Unhaltbarkeit des Bundes und des Ungenügenden aller bisherigen Reformversuche den Antrag auf Einberufung eines deutschen Parlaments mit direkter Volkswahl und allgemeinem Stimmrecht, welchem die Regierungen geeignete Vorschläge über Reconstruction der Bundesverfassung mit Beschränkung auf Punkte von entschieden praktischer Bedeutung zu machen hätten, und für welches alsbald der Tag des Zusammentritts bestimmt werden solle, damit derselbe nicht durch die Verhandlungen über die Vorlagen ins Unbestimmte verzögert werde. Der Grundsatz der direkten Volkswahl im Gegensatz zu bloßen Abordnungen der Einzelkammern (wie Oestreich früher vorgeschlagen hatte) sei für eine Versammlung, welche das Interesse der Gesammtheit und das einheitliche Princip als solches zur Geltung bringen solle, unerläßlich; das allgemeine Stimmrecht entspreche gleichfalls diesem Zweck und sei zugleich für das conservative Princip förderlicher, als irgend ein anderer auf künstlichen Combinationen ruhender Wahlmodus. Mit diesem Antrag war denn auch für die Schleswig-Holstein'sche Frage das rechte Forum in Anregung gebracht; denn dem Bundestag konnte dieselbe nicht überlassen, es konnte und durfte nicht zugegeben werden, daß man den neuen Wein immer wieder in die alten Schläuche schütte und aufs alte, allenthalben brüchige Kleid wieder einen neuen Lappen setze; nur Gesammt-Deutschland konnte mittelst einer wirklich die

ganze Nation darstellenden Vertretung über die künftige Stellung einer seiner wichtigsten Provinzen bestimmen. Aber innerhalb und außerhalb der Bundesversammlung begegnete dieser Antrag Preußens meist nur höhnischem Mißtrauen. Zwar wurde derselbe, als endlich, den 29. April, im Bundestag darüber berathen wurde, nicht ohne Weiteres, wie Oestreich wollte, abgewiesen, sondern einem Ausschuß von neun Mitgliedern zu weiterem Referat übergeben; aber auch dieser Ausschuß trat, trotz der Dringlichkeit der Sache, erst nach mehreren Wochen zusammen, um endlich, am 15. Mai, die preußischen Reformvorschläge entgegenzunehmen. Wie gemäßigt diese waren, wie sie sich innerhalb der bescheidensten Gränzen des durchaus Nothwendigen hielten, um den Bundesregierungen das Eingehen auf dieselben möglichst zu erleichtern, zeigt die Eröffnung, welche sein Vertreter hierüber macht. Es waren folgende Punkte:

1) Die Organisation des Bundes wird durch Combinirung mit einer periodisch einzuberufenden Nationalvertretung in der Weise gestaltet, daß die Beschlußfassung der letzteren auf den dafür bezeichneten Gebieten die Stimmeneinheit ersetzt.

2) Die Competenz der also neugestalteten Bundesgewalt wird zunächst auf solche Materien ausgedehnt, welche bisher im Weg der gelegentlich zusammentretenden Conferenzen behandelt zu werden pflegten oder Commissionen überwiesen wurden, wie z. B. das Münz-, Paß- und Gewichtswesen, die Patentgesetzgebung, die gemeine Civilproceßordnung, das Heimatwesen und die Freizügigkeit.

3) Es tritt dazu die allgemeine Zoll- und Handelsgesetzgebung in principieller Behandlung unter dem Gesichtspunkt regelmäßiger gemeinsamer Fortentwicklung.

4) Organisation eines gemeinsamen Schutzes des deutschen Handels im Ausland, Consularwesen, Schutz der Flagge zur See.

5) Das Verkehrswesen zwischen den Bundesstaaten, Land-, Wasser- und Eisenbahnstraßen, Telegraphen, Postwesen, die Fluß- und sonstigen Wasserzölle.

6) Gründung einer den gemeinsamen Zwecken dienenden Kriegsmarine mit den erforderlichen Kriegshäfen und den entsprechenden Küstenvertheidigungsanstalten.

7) Consolidirung der militärischen Kräfte Deutschlands für die Feldarmee und das Festungswesen, also Revision der Bundeskriegsverfassung aus dem Gesichtspunkt einer besseren Zusammenfassung der Gesammtleistung, so daß deren Wirkung und die Leistung des einzelnen möglichst erleichtert wird.

Aber nicht einmal dieses geringe und dringend motivirte Maß von Forderungen fand Anerkennung, und nur um so entschiedener gingen nun Oestreich und seine Verbündeten wieder auf das alte Bundesrecht zurück, indem ersteres, zunächst wieder die Schleswigholstein'sche Frage in den Vordergrund stellend, dieselbe, wie es Preußen schon Ende April gedroht hatte, in der Bundestagssitzung vom 1. Juni der Entscheidung des Bundes anheimgab und hiemit zugleich die Anzeige verband, daß der kaiserliche Statthalter in Holstein Vollmacht zur Einberufung der holsteinischen Stände empfangen habe, damit auch diese auf die Regelung ihrer Landesverhältnisse Einfluß üben. Damit hatte sich Oestreich offen von der mehrfach übernommenen Verbindlichkeit, die künftigen Verhältnisse der Herzogthümer nur im Einverständniß mit Preußen festzustellen, losgesagt, und insbesondere durch die einseitige Berufung der holstein'schen Stände die Gasteiner Convention, welche ausdrücklich die Souveränetätsrechte beider Mächte an die Gesammtheit der Herzogthümer vorbehielt, materiell und formell gebrochen, oder sie, wie damals sogar Wiener Blätter triumphirten, Preußen in Stücken vor die Füße geworfen. Damit hatte aber Oestreich nichts erreicht, als daß der unlösbare Zusammenhang der Herzogthümerfrage mit der deutschen Verfassungsreform nur noch heller ans Licht trat, und Preußens nunmehriges entschiedenes Vorgehen, wie es hiezu durch die vertragswidrigen Schritte Oestreichs absolut genöthigt war, auch vom deutschen Standpunkt aus Rechtfertigung und Billigung finden mußte. Bekannt ist, wie nun der preußische Statthalter Schleswigs, General Man-

teuffel, den 7. Juni in Holstein einrückte, mit der Erklärung, daß nun, nach dem Wegfall der Gasteiner Convention, das im Wiener Frieden ausgesprochene und auch zu Gastein vorbehaltene Condominat wieder in Kraft trete, und mit der Einladung an den östreichischen Statthalter, wieder zur Einsetzung einer gemeinsamen Regierung mitzuwirken; wie hierauf dieser unter Protest die Herzogthümer verließ und nun Manteuffel die provisorische Regierung beider Herzogthümer übernahm, die von Oestreich bestellte holstein'sche Landesregierung auflöste und den Zusammentritt der Ständeversammlung vereitelte. Zugleich aber protestirte Preußen in der Bundestagssitzung vom 9. Juni gegen die Unterstellung, daß es mit diesen Schritten die gewaltsame Annexion der Herzogthümer erstrebt habe, und erklärte, daß es auch jetzt noch diese Frage als eine nationale betrachte und bereit sei, dieselbe in Gemeinschaft mit dem übrigen Deutschland auf Grund einer Reform der Bundesverfassung zu lösen. Nun aber that Oestreich jenen verhängnißvollen Schritt, welcher Preußen auch das formelle Recht gab, sich von der unnatürlichen, zu einer Gefahr für Deutschland und Preußen gewordenen Fessel des Bundes loszusagen und den Bruch des Bundesvertrags zu constatiren. Es stellte in der Sitzung vom 11. Juni den Antrag auf Mobilisirung des gesammten Bundescontingents gegen Preußen. Hiemit drängte es den Bundestag zu einer augenfälligen Competenzüberschreitung. Denn ganz abgesehen von den Verstößen gegen die Geschäftsordnung, indem der Antrag gar nicht, wie diese vorschrieb, Tags zuvor mitgetheilt worden war und sodann in vorschriftswidriger Eile behandelt wurde, war gegen Bundesglieder nie Mobilisirung, sondern nur Execution unter bestimmten Formen zuläßig, und auch die Execution, welche von einem Bundesglied zum Schutz seines bundesmäßigen Besitzstandes angerufen werden konnte, konnte Oestreich nicht fordern, da es durch keinerlei Bundesvertrag in den Besitz von Holstein gesetzt war. Sogar die östreichisch gesinnte Augsb. Allg. Zeitung bekennt (9. Jan. 1867), die Abstimmung für die Mobilisirung sei ein um so größerer Fehler gewesen, als

man sich auf den Standpunkt der Vertheidigung des Bundesrechts gestellt und gerade in dieser Abstimmung das Bundesrecht nicht beachtet habe, und gegenwärtig werde dieß selbst von den entschiedensten Gegnern der preußischen Politik anerkannt. Dieses bundeswidrige Verfahren Oestreichs wiegt um so schwerer, als es nicht etwa von plötzlicher Leidenschaft eingegeben, sondern bereits in einer ganz vertraulichen Depesche vom 16. März gegenüber den befreundeten deutschen Regierungen in Aussicht genommen war. Als deßhalb in der Plenarsitzung des 14. Juni der östreichische Antrag mit kaum nennenswerther Stimmenmehrheit angenommen wurde, war für Preußen der Moment gekommen, in welchem es zu der feierlichen Erklärung berechtigt und verpflichtet war, daß es den bisherigen Bundesvertrag als gebrochen und nicht mehr verbindlich ansehe, und ihn deßhalb auch als erloschen betrachten und behandeln werde. War ihm aber auch mit dem Beschluß vom 14. Juni factisch der Krieg erklärt, so schlug es gleichwohl noch in derselben Sitzung „die Grundlage einer neuen, den Zeitverhältnissen entsprechenden Einigung" vor und erklärte sich bereit, auf den alten, durch eine solche Reform modificirten Grundlagen einen neuen Bund mit denjenigen deutschen Regierungen zu schließen, welche hiezu die Hand bieten würden. Es war jenes erweiterte Programm einer neuen Verfassung Deutschlands mit Ausschluß Oestreichs, welches Preußen schon in der Circulardepesche vom 27. Mai für den Fall einen Nichtverständigung auch über jene von ihm angeregten nothdürftigsten Veränderungen in Aussicht gestellt und unmittelbar, ehe Oestreich seinen Mobilisirungsantrag stellte, den deutschen Regierungen mitgetheilt hatte, ein Programm, an welchem Preußen auch nach errungenem Sieg gewissenhaft festhielt und welches Grundlage des norddeutschen Bundes wurde. In welch durchaus conservativem Sinn dasselbe entworfen war, erhellt eben aus jener Depesche: „Es ist," sagt dieselbe, „nicht die Masse der unberechtigten Forderungen, welche den Revolutionen Kraft verleiht, sondern gewöhnlich ist es der geringe Antheil der berechtigten Forderungen, welcher die wirksam-

sten Vorwände zur Revolution bietet und den Bewegungen nachhaltige und gefährliche Kraft gewährt. Unbestreitbar ist eine Anzahl berechtigter Bedürfnisse des deutschen Volkes nicht in dem Maß sicher gestellt, wie es jede große Nation beansprucht. Die Befriedigung derselben im geordneten Weg der Verständigung herbeizuführen, ist die Aufgabe der Bundesreform. Die letztere ist recht eigentlich im Sinn des monarchischen Princips in Deutschland nothwendig. Sie soll durch die Initiative der Regierungen den Uebelständen abhelfen, welche in bewegten Zeiten die Quelle und der Vorwand für gewaltsame Selbsthilfe werden können. In dieser Richtung bewegen sich die Reformvorschläge der preußischen Regierung. Sie werden sich auf das Allernothwendigste beschränken und den Bundesgenossen auf das Bereitwilligste mit den ihnen erwünschten Modifikationen entgegenkommen. Das Ziel verlangt allerdings Opfer, aber nicht von einzelnen, sondern von allen gleichmäßig. Was Se. Maj. den König persönlich betrifft, so liegt demselben nichts ferner, als seine Bundesgenossen, die deutschen Fürsten beeinträchtigen oder unterdrücken zu wollen. Er will mit ihnen als einer ihresgleichen gemeinsam für die gemeinsame Sicherheit nach innen und außen sorgen, aber besser, als bisher. Wer diesen ernsten Willen und das längst auf dieses Ziel gerichtete Streben Sr. Maj. als Ergebniß persönlichen Ehrgeizes schildert, der entstellt die Thatsachen, welche von dessen Handlungs- und Gesinnungsweise Zeugniß ablegen. Se. Maj. sind stets weit davon entfernt gewesen, einen Ehrgeiz zu hegen, der auf Kosten der Nachbarn und Bundesgenossen Befriedigung gesucht hätte, wenn dieselben auch nach mannigfachen Erfahrungen darauf verzichten müssen, die Verleumdungen zum Schweigen zu bringen. Se. Maj. beabsichtigen auch jetzt mit der Bundesreform nicht, den deutschen Fürsten Opfer anzusinnen, welche Preußen nicht ebenso im Interesse der Gesammtheit zu bringen bereit wäre. Die Verweigerung der in den Reformvorschlägen aufgestellten verhältnißmäßig geringen und von allen Theilnehmern, Preußen nicht ausgeschlossen, gleichmäßig zu machenden Zugeständnisse würde

unserer Ansicht nach eine schwere Verantwortung für die Zukunft involviren.“ Gleichwohl war von einem Eingehen auf das Programm nicht die Rede; man hielt es theilweise nur für einen diplomatischen Schachzug, und es trug nur dazu bei, etwa noch schwankende Regierungen vollends in das östreichische Lager zu treiben. Dieser einfache historische Rückblick mag darthun, daß Preußen, ehe es zum Schwert griff, ehrlich Allem aufgeboten, um auf friedlichem Weg andere befriedigendere Verfassungsverhältnisse in Deutschland herbeizuführen.

Allerdings sagt man, es sei Preußen mit allen diesen Bemühungen um friedliche Ausgleichung gar kein Ernst gewesen; schon seine Rüstungen beweisen, daß es den Krieg gewollt habe. Und wahr ist, Preußen hatte schon seit Jahren die Ausbildung eines gewaltigen und tüchtigen Kriegsheers betrieben und es trat ungleich besser gerüstet, als seine Gegner, in den endlich ausbrechenden Kampf ein. Daraus aber folgt keineswegs, daß es nicht den ernstlichen Wunsch hegte, der Katastrophe möglichst vorzubeugen und die politische Entwicklung Deutschlands im friedlichen Geleise zu erhalten. Sein guter Wille in dieser Beziehung erhellt nicht blos aus der großen Geduld, mit welcher es Jahrzehnte lang trotz dem Gefühl seiner inneren Kraft in seiner schwierigen und bedenklichen, dem Hohn der Kleinen und Großen ausgesetzten Bundesstellung aushielt, aus der langen Reihe der angeführten Versuche, den Knoten auf friedlichem Weg zu lösen, sondern auch aus seinen Bemühungen um Erhaltung des Friedens noch in letzter Stunde. Bismarck selbst nahm es bei aller staatsmännischen Voraussicht, daß bei so tief gewurzeltem Schaden kein Zugpflaster, sondern nur das scharfe Instrument des Wundarzts Wirkung thun werde, mit letzterer Operation keineswegs leicht, obgleich ihm seine Offenheit in dieser Beziehung als Frivolität gedeutet wurde, und der König besonders, dem es außerordentlich schwer fiel, gegen seinen bisherigen Alliirten das Schwert zu ziehen und sich von dem Einfluß der starken östreich-freundlichen Friedenspartei in seiner Umgebung

los zu machen, schrieb bekanntlich noch im letzten Moment jenen beweglichen Brief an den Kaiser von Oestreich, in welchem er den Sturm womöglich noch zu beschwören suchte. Preußen wußte auch viel zu gut, was es in diesem Kampf auf das Spiel setze; es kannte die weitgehenden und nicht erst von heute datirenden Plane seiner Feinde zu gut, um sich leichtsinnig in denselben zu stürzen, und daß ihre kriegerische Leistungsfähigkeit auf so schwachen Füßen stehe, haben erst die Thatsachen ans Licht gestellt. Deßhalb trug auch jener in Süddeutschland von der Demokratie verhöhnte, von Andern bitter verurtheilte allgemeine Buß- und Bettag des preußischen Volkes, welcher seinem Eintreten in den Kampf voranging, vom Throne an bis herab zur Hütte den Charakter des tiefsten Ernstes, welcher ferne von muthwilliger Provokation sich der Gefahr der Lage wohl bewußt war. Wenn Preußen sich in kriegerischer Hinsicht schon seit Jahren vorsah, so geschah dieß nur, weil es immerhin bei all seinen Bemühungen um friedliche Lösung die Möglichkeit, ja nach den bisher mit Oestreich und dem Bund gemachten Erfahrungen die Wahrscheinlichkeit eines Scheiterns derselben voraussehen mußte und es nicht darauf ankommen lassen durfte, von dieser Eventualität zu seinem eigenen Verderben überrascht zu werden, theilweise wohl auch in der Hoffnung, durch eine imponirende Machtentfaltung seine Gegner zu friedlichem Ausgleich zu bewegen. Wenn in dieser Beziehung Tadel ausgesprochen werden will, so kann er nur diejenigen treffen, welche in souveräner Verachtung preußischer Machtmittel und in eitler Selbstüberschätzung ohne jede ausgiebige Rüstung sich in Preußenfeindschaft verfestigten und sich am Ende in völliger Verblendung über die wirkliche Lage der Dinge in einen Krieg stürzten, welchem sie noch keineswegs gewachsen waren. Was übrigens die unmittelbaren Kriegsvorbereitungen betrifft, so hat mit eigentlich kriegerischen Bewegungen nicht Preußen, sondern Oestreich den Anfang gemacht. Schon Mitte März, gerade in der Zeit jener vertraulichen Circular-Depesche, in welcher letzteres den befreundeten Regierungen seinen Plan gegen Preußen entwickelte, begann es

mit freilich zunächst unbedeutender Truppenzusammenziehung in den Gränzlanden gegen Preußen, zu welcher die dortigen Judenkrawalle den Vorwand boten, die jedoch bis Ende März bereits einen umfassenderen und ausgesprocheneren Charakter annahmen. Hand in Hand damit gingen auch die Rüstungen im Königreich Sachsen, während Preußen vermöge seiner umsichtigen Heeresorganisation vorerst noch zuwarten konnte. Erst als das preußische Circular vom 24. März, welches die deutschen Regierungen auf die Rüstungen Oestreichs hinwies und über ihre Stellung zu Preußen und einer etwaigen friedlichen Bundesreform sondirte, eine sehr bedenkliche Aufnahme gefunden hatte, ordnete Preußen den 28. März theilweise Kriegsbereitschaft an, die jedoch so unbedeutend war, daß sie vorerst nur der entschiedenen Stellung Preußens zu den schwebenden Fragen Ausdruck geben sollte. Und als sich Oestreich plötzlich zur Ueberraschung der Welt den 18. April anheischig machte, die gegen Preußen getroffenen Truppendislokationen wieder rückgängig zu machen, wenn auch Preußen seinen Heeresstand wieder ganz auf den Friedensfuß setze, so war Preußen alsbald hiezu „in demselben Maß und in denselben Zeiträumen erbötig, in welchen die entsprechende Verminderung der Kriegsbereitschaft Oestreichs eintreten werde.“ Statt dessen begann aber letzteres sogleich die umfassendsten Rüstungen gegen Italien, obgleich es von diesem schon wegen der Ungleichheit der Streitkräfte keinen isolirten Angriff zu fürchten hatte und die italienische Armee bis dahin noch auf dem Friedensfuß geblieben war. Dieß mußte Preußen zur Vorsicht mahnen, um so mehr, da zu gleicher Zeit derjenige General, auf welchen Oestreich hauptsächlich baute, der tapfere, ebenso umsichtige, als energische Benedek, in Italien durch Erzherzog Albrecht ersetzt und zum Oberbefehlshaber der Nordarmee ernannt wurde, was doch deutlich darauf hinwies, daß man den Hauptschlag im Norden zu führen gedenke. Wäre Preußen in die Falle gegangen und hätte trotz der Bedrohung Italiens abgerüstet, so hätte Oestreich, wie die neueren Enthüllungen immer deutlicher herausstellen, rasch, sei es mit oder ohne Schwertstreich,

Venetien an Italien abgetreten, dem es auch wirklich schon den 5. Mai insgeheim angeboten wurde, nach dieser Seite hin Friede gemacht und seine ganze Macht in aller Eile auf den zwei Schienenwegen, welche ihm zu Gebot standen, nach dem Norden geworfen, noch ehe Preußen hätte mobilisiren können. Ja die neuesten Aufschlüsse zeigen, daß es Frankreich war, welches in Wien und Turin die Karten so gemischt hatte, daß Italien, nachdem es auf alle Fälle das ihm von Napoleon längst in Aussicht gestellte Venetien davongetragen, bald ganz in dem Conflict der beiden deutschen Mächte außer Betracht gekommen und nur diese beiden auf dem Kampfplatz geblieben wären, wobei es zunächst auf Demüthigung Preußens durch Oestreich und seine Verbündeten abgesehen war. Mit Oestreich hatte ja Napoleon, nachdem es vollständig aus Italien vertrieben war, abgerechnet und konnte von nun an in Frieden mit ihm leben, während Preußen noch tief in der Schuld von Leipzig und Waterloo stand und das Haupthinderniß bei Erlangung der von Frankreich heiß begehrten Rheingränze bildete. Dieser feine Plan, in welchem Frankreich wesentlich mit die Hand hatte, war Allem nach der tiefere Grund des so überraschenden Abrüstungsvorschlags an Preußen, und die Gefahr war um so größer für dieses, als damals Oestreich noch den Einfluß einer starken Friedenspartei am Berlinerhof in seine Berechnung ziehen konnte, welche gerade jetzt in den ernsten Tagen der Entscheidung sich wieder energisch geltend machte und über Bismarck hinweg, der große Sorge trug, wieder Anknüpfungen in Wien suchte. Aber Bismarcks Einsicht und Ausdauer siegte und Preußen erklärte, daß es den Rüstungen gegen Italien ganz die gleiche Bedeutung beilege, als wären es Rüstungen im Norden. Gleichwohl ließ es vorläufig noch keine weitere Erhöhung seines Truppenstandes eintreten, und erst als Oestreich in seiner Depesche vom 26. April förmlich mit Preußen gebrochen hatte und ihm bald darauf erklärte, daß es die Verhandlungen über die gegenseitige Abrüstung für erschöpft ansehe, wurden die Rüstungen Preußens in ernsterem Umfang betrieben, bis endlich, als Oestreich den 6. Mai sein

ganzes Heer auf den Kriegsfuß setzte und die Zusammenziehung der Nordarmee an der sächsischen und schlesischen Gränze befahl, den 8. Mai auch die vollständige Mobilisirung des preußischen Heeres angeordnet wurde, wiewohl dasselbe auch jetzt noch mehrerer Wochen bedurfte, um schlagbereit zu sein. Gerade die Rüstungen Preußens beweisen, daß Preußen sich nicht überstürzt, daß es bis zum letzten Augenblick dem Frieden noch eine Pforte offen gelassen hat.

Daß nun aber Preußen überhaupt, ganz abgesehen von Recht oder Unrecht hiezu, in den Krieg eingetreten ist, können ihm manche Leute durchaus nicht verzeihen. Das hätte es eben unter keinen Umständen thun sollen. Diese friedliebenden Leute mögen aber doch angeben, welches andere Entscheidungsmittel in den schwebenden Fragen noch vorhanden gewesen wäre. Kommen Staaten über Ansprüche des Rechts und der Billigkeit, die sie erheben zu müssen glauben, nicht auf dem Vergleichs- und Vertragsweg überein, so fällt die Entscheidung über Recht und Unrecht lediglich den Macht-Verhältnissen, d. h. dem Krieg anheim. Dieß liegt einfach in der Natur der Dinge, wie sie durch kein menschliches Andersmeinen und Anderswünschen und durch keinerlei schöne oder unschöne Redensarten abzuändern ist, wie sie mit hineingehört in die Unvollkommenheit menschlicher Zustände, wie sich aber gleichwohl darunter auch die Wege und Gerichte des Weltlenkers vollziehen. Und wirft man etwa ein, vermöge des deutschen Bundesvertrags habe für Preußen wenigstens in der Schleswig-Holstein'schen Frage ein Tribunal bestanden, dessen Spruch es sich hätte unterwerfen sollen, so ist die rechtliche Stellung Preußens zum Bundestag schon hinreichend erörtert, um zu begreifen, wie gerade beim Vertragsrecht, wo es absolut und unter allen Umständen festgehalten werden will, das Wort eintrifft: summum jus summa injuria. Schon in Privatverhältnissen hört ein Vertrag auf rechtsverbindlich zu sein, wenn er für einen der Contrahenten einen unnatürlichen, auf die Dauer unerträglichen Zustand herbeiführt, und ein solcher Zustand entsprang für Preußen, wie sich bei fort-

schreitender Entwicklung der Dinge immer deutlicher zeigte, mehr und mehr aus der Bundesacte. Man findet es ganz in der Ordnung, daß Oestreich wesentliche Bestimmungen des Concordatsvertrags mit Rom, die seinen wichtigsten Staats-Interessen widersprachen und seine gesunde staatliche Entwicklung hemmten, einseitig in eigener Machtvollkommenheit aufhob, als seine Bemühungen, Rom zu Concessionen zu stimmen, gescheitert waren; und es waren nur die geringen, zum Theil ihre Wirkung versagenden Machtmittel Roms, wenn dieser Vertragsbruch keine weiteren, wenigstens keine unmittelbaren unliebsamen Folgen für Oestreichs Regierung hatten. In ähnlichem Verhältniß befand sich auch Preußen, als es sich von dem deutschen Bundesvertrag, der ohnehin von seinen Gegnern gebrochen worden war, und von der Autorität des Bundestags, der ihn gebrochen hatte, lossagte. Wir haben aber auch gesehen, wie es zuvor Alles versucht hatte, um seine Mit-Contrahenten zu einer sein Bleiben im Bund ermöglichenden Vertragsänderung zu bestimmen, und erst als diese auf keine Weise zu bewegen waren, ja Preußen mit Gewalt in dem unnatürlichen, gefahrdrohenden Verhältniß, in welches es durch die Verträge gebannt war, festzuhalten suchten, zerriß es die Fessel und griff zum Schwert. In einem ähnlichen Fall privater Art ruft ein benachtheiligter Contrahent den Richter an und führt gegen die Mit-Contrahenten einen Proceß; dieser Ausweg aber steht, wie schon gezeigt, einem Staate nicht offen; der Proceß souveräner Staaten gegen einander ist der Krieg. Daß man überhaupt den Festsetzungen eines Vertrags die absolut bindende Macht zuschreiben mag, wie etwa dem unabänderlichen Sittengesetz der zehn Gebote und dem „in die Sterne geschriebenen" Recht der natürlichen Entwicklung, ist unbegreiflich, zumal wenn man die Entstehungsgeschichte der Verträge, vor Allem der Verträge von 1815 kennt; dieß heißt nichts Anderes, als willkürliches und ungöttliches Menschenwerk den Werken Gottes gleichstellen, ja an ihre Stelle setzen. Vertragsrecht, wie überhaupt historisches Recht ist fließender Natur; es können und müssen im Lauf

der Entwicklung Verhältnisse eintreten, welche dasselbe unhaltbar machen und, wenn es gleichwohl festgehalten werden will, zum Unrecht stempeln. Diejenigen aber, welche eigensinnig nicht davon weichen mögen und der in der Geschichte, im Staats- und Völkerleben waltenden Macht Trotz bieten, werden allezeit „über sich ein Urtheil empfahen."

Aber hätte Preußen, hört man die guten Leute noch immer sagen, nicht auch auf dem Weg moralischer Eroberungen, statt durch Krieg, zu seinem Ziele kommen und eine seinem Bedürfniß entsprechende Verfassung Deutschlands herbeiführen können? Das soll doch wohl heißen: es hätte seine innere und äußere Politik in einer Weise einrichten sollen, daß ihm alle deutschen Herzen von selbst zugefallen wären. Von solchen „moralischen Eroberungen" aber mag wohl die Romantik verliebter Herzen und politischer Träumer wissen; die Geschichte der Politik und Staatenbildung bis auf den heutigen Tag weiß nichts davon. „Eng bei einander wohnen die Gedanken," und auch der Gedanke moralischer Eroberungen auf dem politischen Gebiet mag da ganz wohl Raum haben; doch „hart im Raume stoßen sich die Sachen." Was man doch nicht Preußen zumuthet! Es hätte es sollen allen Leuten und vollends allen Deutschen, ja selbst uns alles kritisirenden Schwaben Recht machen, von welchen doch jeder bekanntlich seinen höchst eigenen souveränen Kopf hat. Da hätte ja gewiß zuvor das Welfenreich und der Bundestag in aller Muße das Ende der Tage abwarten können, Preußen aber wäre um so sicherer in leicht zu berechnender Bälde zu Grunde gegangen. Mit einer Politik, die sich auf moralische Eroberungen eingerichtet hätte, wäre ihm ohne allen Zweifel die Rolle jenes Bauers zu Theil geworden, der mit seinem Sohne und seinem Esel zur Stadt zog. Man mache sich doch klar, was die Phrase bedeutet. Um z. B. uns Süddeutsche moralisch zu erobern, hätte sich Preußen unsern Beifall nicht blos in genere, sondern vor Allem in specie, also auch den Beifall unserer Partikularisten, Demokraten, Ultramontanen und besonders unserer Philister erobern müssen. Es hätte unstreitig den vollen Beifall der ersteren erworben, wenn es dem bundestäglichen Staatenbund als höchster

politischer Idee gehuldigt hätte, wäre auch darüber Deutschland und Preußen selbst aus Rand und Band gegangen. Die Demokraten hätte es sicherlich gewonnen, wenn es sich in Staat und Kirche ganz nach den Grundsätzen des „Stuttgarter Beobachters" eingerichtet hätte, wäre auch dabei der ganze Rechtsboden des bisherigen Deutschlands nicht blos durchlöchert, sondern hinausgestoßen worden. Die Ultramontanen wären ohne Zweifel seine wärmsten Anhänger geworden, wenn es den Syllabus zum Staatsgrundgesetz erhoben hätte, wären auch Fürsten und Demokraten gleich schlecht dabei weggekommen, und die Philister hätten ihm entgegengejauchzt, wenn es sich alsbald an den Triumphwagen jedes Tagesgötzen gespannt und allem Schein eines wohlfeilen Freisinns und Liberalismus nachgejagt hätte — mit all dem aber hätte Preußen, statt irgend welche moralische oder andere Eroberungen zu machen, lediglich nur sich selbst aufgegeben. Im Gegentheil, was Preußen groß und verdienstvoll gemacht hat, ist das männliche Wagniß, als ein wirklicher selbständiger Staat in seinen innern Verhältnissen und in seinen Beziehungen nach außen nach festen, als richtig erkannten Grundsätzen zu handeln, wenn ihm auch darüber der lauteste Widerspruch sowohl der Parteien im eigenen Land, als der öffentlichen Meinung des Auslandes entgegentrat. Wenn Bismarck, unstreitig der größte, und wir sagen es offen, nächst dem alten Frhrn. v. Stein der wahrhaftigste und rechtlichste Staatsmann, welchen Deutschland in neuerer Zeit gehabt hat, nur darauf ausgegangen wäre, moralische Eroberungen zu machen, wenn er vor Allem nach dem Beifall der preußischen Abgeordnetenkammer, besonders der „Fortschrittspartei" gestrebt hätte, mit welchem ihm ohne Zweifel auch der Beifall der gesammten vom liberalen Schein beherrschten Masse in Deutschland zugefallen wäre, wenn er nicht stark genug gewesen wäre, den ganzen unerhörten Haß des In- und Auslandes und ganz besonders die Wuthausbrüche der preußischen Demokratie über sich ergehen zu lassen — hätte er die Sache Preußens und der Nation auch nur im Mindesten gefördert? Ist er nicht, was er ist, nur dadurch geworden, daß

er männlich auf „moralische Eroberungen" unter dem feigen, gedankenlos nachsprechenden und doch so hochmüthigen Geschlecht unserer Tage verzichtet hat? Was man mit dieser Phrase zu bezeichnen liebt, läuft in Wahrheit auf Unmoralität, auf Charakter- und Grundsatzlosigkeit hinaus. Auf „moralische" Eroberungen ist seiner Zeit Italien ausgegangen, indem es den ganzen Schwall hergebrachter radikaler Ansprüche an Staat und Kirche in seine Regierungsgrundsätze aufnahm; auf „moralische" Eroberungen, besonders in Deutschland, geht auch in neuester Zeit Oestreich wieder aus, indem es sich in einem „Freisinn" überbietet, zu welchem es im Volke selbst noch an aller und jeder Grundlage fehlt und in welchem es selbst berechtigte Ansprüche einer Kirche verletzt, welcher es zuvor weit über ihr Recht hinausgehende Einräumungen gemacht hatte. — Was uns mit Befriedigung und Hoffnung auf Preußen blicken läßt, ist die feste grundsätzliche Haltung seiner Regierung, in welcher sie, unbeirrt von den Parteien rechts oder links, ihren eigenen Weg geht, daß sie nicht im Buhlen um Volksgunst bald dieser, bald jener Partei näher tritt, und sich besonders nicht von dem Geschrei der oft so übel geführten Menge verleiten läßt, in ihren Regierungshandlungen politischen und kirchlichen Modeansichten und Stichwörtern zu huldigen. So ist sie in Wahrheit eine der wenigen wirklichen Regierungen unserer Zeit, eine Regierung, die regiert, die bestimmend, fördernd und gestaltend einwirkt, während die ganze Regierungskunst mancher anderen Regierungen darin besteht, sich, wenigstens den leitenden Grundideen nach, regieren zu lassen und in jämmerlicher Nachgiebigkeit auch gegen unberechtigte Zeitrichtungen, ja in verwerflicher Pflege derselben, im Jagen nach jeglichem Phantom vermeintlichen Fortschritts in Staat, Kirche und Schule die Volksgunst zu erhaschen und zu bewahren. Diese gewinnt aber in Wahrheit und auf die Dauer nur derjenige, welcher, ohne sie zu suchen, ja mit dem Entschluß, sich nöthigenfalls dem Volkshaß zum Opfer zu bringen, dennoch nach eigener bester Ueberzeugung das Heil des Volkes sucht, während sie über kurz oder lang Jeden über

Bord wirft, der sich aus egoistischen Zwecken von ihr leiten läßt. Das Heil der Völker ist von jeher nicht von den Volksmassen und ihren selbstsüchtigen Schleppträgern, sondern von einzelnen sittlich großen Charakteren ausgegangen, welche in Kraft innerster Ueberzeugung im Stande waren, nöthigenfalls aller Welt Trotz zu bieten. Damit ist ja keineswegs gesagt, daß die Regierung Preußens in allen Stücken nun auch das Richtige getroffen habe oder noch träfe; dieß ginge ja weit über das menschliche Maß hinaus; nur darin verdient sie nicht Tadel, sondern Anerkennung und Vertrauen, daß sie, von sog. „moralischen Eroberungen" absehend, ihre Handlungen nicht vom Beifall der Menge und den Meinungen des Tages abhängig macht.

Will man nun aber auch die Art und Weise, wie Preußen den Krieg führte, durchaus widerrechtlicher Natur finden, so verkennt man in naivster Weise die Natur des Krieges überhaupt. Man hat z. B. Preußens unverweilten Einmarsch in Sachsen, Hannover, Kurhessen, Nassau rc., noch ehe diese Länder völlig kriegsbereit waren, als einen perfiden, räuberischen Einfall bezeichnet, und besonders in Süddeutschland war darüber Ein lauter Aufschrei. Man sollte aber nachgerade so ziemlich allgemein zu der Einsicht gelangt sein, daß es eine sehr gemüthliche Zumuthung an Preußen war, zuvor noch die volle Kriegsbereitschaft der Gegner abzuwarten, nachdem es doch vor der ominösen Bundestagsabstimmung vom 14. Juni mit aller Bestimmtheit erklärt hatte, daß es den Beschluß einer Mobilmachung der Bundescontingente gegen Preußen als Kriegserklärung ansehen müsse. Gleichwohl erließ Preußen, so wenig es nach dieser Erklärung eines weiteren friedlichen Schrittes bedurft hätte, noch am 15. Juni an die Regierungen jener Länder eine letzte Aufforderung zu unbewaffneter Neutralität und zum Eingehen auf die preußischen Reformvorschläge, widrigenfalls sie als im Kriegszustand gegen Preußen betrachtet werden müßten, und erst die entschiedene Weigerung derselben gab das Signal zu dem angedrohten unverzüglichen Einmarsch. Hannover besonders war schon

in einer Note vom 9. Mai 66 ernstlichst gewarnt worden. Als nämlich schon im April mit der Mobilisirung der hannoverschen Armee begonnen wurde, indem nicht blos bei Einstellung der Rekruten die Entlassung der Kriegsreserven unterblieb, sondern auch 3 Jahrgänge von Beurlaubten zu Uebungen einberufen wurden, welche sonst nur im Herbst stattfanden, als von verschiedenen hannover'schen Planen, von einer Anlehnung an die in Holstein stehende östreichische Brigade Kalik, von Heranziehung einer östreichischen Garnison aus Mainz, von Errichtung eines Kriegslagers in Stade u. s. f. verlautete: wies das preußische Cabinet in der eindringlichen Note vom 9. Mai auf die Gefahr hin, welche für Hannover aus einem Krieg mit Preußen entspringen müßte. Die Rüstungen der übrigen deutschen Mächte, hieß es darin, könne Preußen vorläufig noch ertragen, wie sogar Sachsen vorläufig noch außer seiner nächsten militärischen Linie liege; anders sei es mit Hannover, bei dessen feindseliger Haltung Preußen jede andere Rücksicht dem Bedürfniß der Selbsterhaltung unterordnen müsse. Die Neutralitätsverhandlung, in welche hierauf Hannover eintrat, wurde jedoch auf Oestreichs Betrieb wieder abgebrochen und die Kriegsvorbereitungen dauerten fort, bis sich endlich Hannover selbst in förmlichen Kriegszustand gegen Preußen versetzte. Daß aber auch das inzwischen vollkommen gerüstete Sachsen, nach der am 15. Juni von ihm definitiv gewählten Stellung, das preußische Heer in die Nothwendigkeit versetzte, sich unverweilt dieses Schlüssels zu seinen wichtigsten Provinzen und zu seiner Hauptstadt zu versichern, darüber sollten alle Verständigen im Klaren sein. Aber man scheint in diesen Ländern, vielleicht gerade in Folge der Bemühungen Preußens um den Frieden, gar nicht an den Ernst der Sache geglaubt und die einfachsten, natürlichsten Folgerungen aus seinem eigenen Verhalten gar nicht gezogen zu haben; man hatte sich, bei dem Mangel eines wirklichen Staatslebens mit seinen energischen Forderungen, förmlich abgewöhnt, mit Realitäten zu rechnen und an Realitäten zu glauben; man führte, sozusagen, ein süßes staatliches Traumleben, aus

welchem man durch den Ernst der Wirklichkeit gar unsanft aufgeschreckt wurde. Oder glaubte man sich des Sieges in Verbindung mit dem mächtigen Oestreich so gewiß, daß man die einfachsten Klugheitsregeln bei Seite setzte — mit Einem Wort: wenn jene Staaten durch den preußischen Einmarsch überrascht worden sind, so haben sie diese Ueberraschung lediglich nur sich selbst bereitet.

Ebenso naiv war seinerzeit die Klage über die Wegnahme von Staatseigenthum, welche sich die preußische Armee in den von ihr bekriegten Ländern erlaubte, als wäre dieß unverantwortlicher, aller Civilisation des 19. Jahrhunderts ins Gesicht schlagender Raub. Aber Krieg ist eben an und für sich etwas Abnormes, das bei völlig gesunden Zuständen des Völkerlebens gar nicht möglich wäre, das eben durch krankhafte, verkehrte Zustände hervorgerufen wird, und ein abnormer Zustand führt auch abnorme Nothwendigkeiten mit sich. Es ist freilich etwas höchst Abnormes, ein Menschenleben, ja tausende von Menschenleben zu zerstören; wie aber auch ohne Blutvergießen Krieg geführt werden könnte, ist nicht wohl abzusehen. Es ist etwas Abnormes, Staatskassen in Feindesland wegzunehmen; wie aber eine Geldkasse soll heiliger und unantastbarer sein, als ein Menschenleben, wie man im Krieg soll darauf angewiesen sein, des Feindes Machtmittel zu schonen, während doch der Erfolg des Krieges von der Zerstörung dieser Machtmittel abhängt, ist gleichfalls nicht zu begreifen. Was auch der Krieg zu schonen hat, das sind die Rechtsverhältnisse des Privatlebens; nur als Staat und wo er als Staat, als Gesammtheit und als noch nicht gebrochene Gesammtheit, in geschlossenen Heereskörpern oder in Vermögensbeständen auftritt, welche zu Zwecken der Gesammtheit, also auch des Krieges dienen, ist der feindliche Staat zu bekämpfen; dagegen sind Leben und Eigenthum des Einzelnen auch in Feindesland möglichst zu respectiren, und nur ein Krieg, der sich Plünderung friedlicher Einwohner, Niedermetzelung zersprengter oder gefangener widerstandsunfähiger Feinde erlaubte, wäre um so entschiedener zu verurtheilen, je größeres Elend der Krieg an sich schon

in seinem Gefolge hat. Daß aber Preußen in dieser Weise Krieg geführt hätte, werden auch seine bittersten Gegner nicht mehr behaupten; vielmehr hat das preußische Heer mit der ihm inne wohnenden Bildung, mit seiner vortrefflichen, Rohheiten der bezeichneten Art gründlich abschneidenden Disciplin auch in Feindesland volle Anerkennung gefunden, und die Excesse Einzelner, wie sie nirgends bei Massenoperationen zu vermeiden sind, kommen gegen die wackere Haltung des Ganzen nicht in Betracht. Auch in seinen süddeutschen Quartieren hat das preußische Heer einen mackellosen Namen, ja Zuneigung und Anhänglichkeit zurückgelassen.

Daß aber Preußen sich gegen Oestreich mit Italien verbündete, daß es die nationalen Bestrebungen Ungarns in den Kreis seiner Kriegsberechnungen zog, waren dieß nicht verwerfliche Mittel? Warum denn? Waren doch, was den ersten Punkt betrifft, Preußen und Italien durch gemeinsame Erfahrungen von Oestreichs Unbill auf einander angewiesen. Oder wer kann leugnen, wenn er die italienische Geschichte seit Anfang des Jahrhunderts kennt, daß Italien im Allgemeinen vorzugsweise durch Oestreichs Uebermacht in seiner geistigen und politischen Entwicklung niedergehalten wurde, daß die italienischen Mißregierungen und Mißstände vorzugsweise in Oestreich ihre Stütze fanden und daß alle die tiefe, fast unheilbare Corruption, welche in den italienischen Verhältnissen zu Tage tritt und von Italiens Feinden gegen dasselbe ausgebeutet wird, unter den Fittichen des Doppeladlers heranwuchs? Wenn im Kriege 1859 unsere deutschen Sympathieen gegen Italien standen, so lag der Grund hievon nur in der eigennützigen Einmischung Frankreichs; ein auf eigenen Füßen stehendes und seine nationale Entwicklung erkämpfendes Italien hätte uns in ganz anderer Stellung gefunden. — Allerdings, die turbulente Art, wie sich das Königreich Italien gestaltete und welche wesentlich mit Italiens Mangel an einem Staat von wirklich nationaler Kraft und Bedeutung zusammenhing, hat viele Bedenken gegen sich, wie auch seine gegenwärtige Existenz vorerst noch als eine künstliche, fremder

Stützen bedürftige erscheint. Aber trotz alledem stand nun einmal dieser Staat factisch auf dem mit Frankreichs Hilfe erkämpften neuen Rechtsboden; er war im Friedensschluß von Oestreich selbst anerkannt; er durfte nicht mehr als rechtlos behandelt werden, und jeder andere Staat konnte, ohne sich zu besudeln, mit ihm in Allianz treten, sobald er dieß seinen Interessen entsprechend fand. Auch Oestreich hätte, wenn 1866 z. B. Napoleons Allianz gegen Preußen zu erlangen gewesen wäre, alsbald zugegriffen und sichs gewiß nicht einfallen lassen, zuvor die Rechtstitel des zweiten Kaiserreichs zu untersuchen. Welchen andern Bundesgenossen aber, als Italien, hätte Preußen damals gefunden? Und wer will es ihm verdenken, daß es sich für einen eventuellen Kampf mit dem numerisch viel stärkeren Oestreich, das überdieß noch mit Sicherheit auf den Italiens Macht mindestens gleichwiegenden Beistand der deutschen Mittel- und Kleinstaaten rechnen durfte, einen Bundesgenossen suchte? Daß es sich nur ungern zu dieser Allianz herbeiließ, daß es im Verlauf der Verhandlungen mit Oestreich, sobald diese eine günstigere Wendung zu nehmen versprachen, mehrmals nahe daran war, mit Italien abzubrechen, daß es erst, als es von der feindlichen Haltung auch der kleineren deutschen Staaten Gewißheit hatte, bindend mit Italien abschloß, hat sich inzwischen klar herausgestellt. — Ungarn aber war längst, ehe Preußen zum Kriege mit Oestreich schritt, in Widerspruch und Spannung gegen die übrige Monarchie; es war noch kein von beiden Theilen anerkannter gemeinsamer Rechtsboden geschaffen; es war noch jene durch Schmerlings bekannten Ausspruch: „wir können warten" charakterisirte Periode des Zuwartens, welche gleichwohl eine Periode fortwährenden haltlosen Experimentirens diesseits und jenseits der Leitha war, und man kann deßhalb Preußen, wenn es sich auf Ungarns nationale Haltung stützte, nicht vorwerfen, es habe dieses zur Revolution d. h. zum Umsturz einer wirklich zu Recht bestehenden Ordnung der Dinge gestachelt. Es war eben der damalige Fluch Oestreichs, daß gar keine solche Ordnung im Kaiserstaat bestand; indem es sich's zur Aufgabe machte,

andere Völker, Deutschland und Italien, in ihrer nationalen Gestaltung zu hindern, war es natürliche Folge und gerechte Nemesis, daß es über dieser Kraftvergeudung nach Außen in sich selbst zu keiner festen Rechtsgestaltung gelangte, und eben von diesem Fluch ist Oestreich durch seine Niederlage im J. 1866 erlöst worden, so daß nun erst eine Wiedergeburt Oestreichs auf gerechten und gesunden Grundlagen möglich ist. Hiebei ist man keineswegs genöthigt, jede einzelne Maßregel, welche die preußische Regierung oder einzelne Befehlshaber derselben treffen zu müssen glaubten, gut zu heißen; unbillig aber ist, um dieser und jener Mißgriffe willen, die in Ausführung eines Programms geschehen, dieses selbst zu verurtheilen. Die Tendenzlüge aber, Preußen habe sich beim Kriege gegen Oestreich die Neutralität und Zustimmung Napoleons durch Versprechungen von Abtretung deutschen Gebiets an Frankreich erkauft, ist seitdem durch die thatsächliche Haltung Preußens und Frankreichs so glänzend widerlegt worden, daß es eines weiteren Eingehens auf dieselbe nicht bedarf.

Ganz besonders aber wird es Preußen zum Verbrechen gemacht, daß es nach errungenem Sieg einige Länder seines Machtgebiets, Hannover, Hessenkassel, Nassau, Frankfurt a. M. sich einverleibte. Wäre Preußen besiegt worden, so wäre natürlich die projectirte Vergrößerung Oestreichs, des Welfenreichs, Sachsens u. s. f. mit preußischen Gebietstheilen kein Raub, sondern vollkommen in der Ordnung gewesen; mit dem Ruf vae victis hätte auch Freiherr v. Varnbüler Hohenzollern ohne Bedenken in die Tasche gesteckt; bei Preußen aber soll das gleiche Verfahren ein unverantwortlicher Frevel sein. Diese Logik erinnert an den Ausspruch jenes nach seinen Kriegserlebnissen gefragten Soldaten: „das Hinschießen wäre schon recht; aber das Herschießen hat mir nicht gefallen.“ Nein, ihr wunderlichen Politiker, was dem Einen recht ist, ist dem Andern billig. Das Kriegsrecht in seinem furchtbaren Ernst läßt nicht mit sich spassen, hier ist die äußerste Gränze der Gemüthlichkeit, deren sich jene Kleinstaaten bis dahin zu erfreuen hatten, und in welche sie, wie es scheint, so eingelebt waren, daß

sie auch vom Krieg keine wesentliche Störung derselben befürchteten. Wer sich einmal auf Krieg einläßt, unterwirft sich eben dadurch mit seiner ganzen Existenz der Entscheidung des Kriegs und gibt dem Sieger das Verfügungsrecht über sich in die Hand; anders würden Kriege zu gar keinem Resultat führen und wären ein nutzloses und unverantwortliches Blutvergießen. Jene Staaten, obgleich mehrfach auf die unausbleiblichen Folgen ihrer Handlungsweise aufmerksam gemacht, hatten sich in der Bundestagssitzung vom 14. Juni für den Kampf gegen Preußen entschieden; sie hatten die Sommation, in welcher ihm dieses noch am Vorabend des Kriegs Besitzstand und Souveränetätsrechte garantirte, wenn sie Neutralität, Abrüstung und Zustimmung zur Bundesreform versprechen, und deren Ablehnung ihnen zum Voraus als Kriegserklärung bezeichnet war, zurückgewiesen, und so mußten sie männlich und ohne nachträgliches Jammern über erlittenes Unrecht im Fall der Niederlage über sich ergehen lassen, was überall das Kriegsrecht mit sich bringt. Nur dann würde die Einverleibungspolitik Preußens ein gerechter Vorwurf treffen, wenn es den Krieg muthwillig angefangen und nicht zuvor Alles versucht hätte, um seinen früheren Bundesgenossen dieses Schicksal zu ersparen. Wir haben aber bereits gesehen, daß Preußen zu diesem Krieg genöthigt war; und wie viel es insbesondere gethan hat, um die ihm verwandte hannover'sche Dynastie zu warnen, kann nur übersehen, wer nicht sehen will. Noch nach der Schlacht von Langensalza, jenem so völlig zwecklosen blutigen Angriff der Hannoveraner auf das preußische Heer, wäre die Selbstständigkeit Hannovers zu retten gewesen, wenn König Georg dem Rath seines früheren Ministers, Grafen v. Münster, Gehör geschenkt hätte, so schnell als möglich, noch vor Beginn der Friedensunterhandlungen zwischen Oestreich und Preußen, mit diesem Frieden zu schließen. Der verblendete Fürst jedoch rechnete mit Bestimmtheit auf ein schließliches Zusammengehen Oestreichs und Frankreichs, dem Preußen noch werde unterliegen müssen, und so brach das Unvermeidliche über ihn herein. Auch dann etwa noch könnte

man gegen jene Einverleibungen Tadel erheben, wenn dieselben nicht für Preußen von zwingender Nothwendigkeit waren und ohne wesentlichen Nachtheil für dasselbe hätten unterbleiben können; denn auch ein unzweifelhaftes Recht soll doch nicht über das Bedürfniß hinaus geltend gemacht werden. Aber wohl kein Staat hätte in gleicher Lage anders gehandelt und anders handeln dürfen. Hatten die einverleibten Staaten schon vorher Preußens Staatsgebiet entzweigespalten und seine Stellung wesentlich erschwert, so wären sie nun, nach den Vorgängen des Jahres 1866, durch ihren Fortbestand oder ihre Wiederherstellung die größte, nicht erst zu fürchtende, sondern bereits eingetretene Gefahr für Preußen geworden, und man muß in der That alles Gedächtniß für das frühere und spätere Benehmen der betreffenden Fürsten gegen den preußischen Staat und für die Zähigkeit und Unbeugsamkeit ihres Eigensinns verloren haben, um dieß in Zweifel zu ziehen. Nicht als wäre ihre eigene Macht bedrohlich gewesen; aber als die beständigen Stützpunkte für ein durch die preußischen Siege aufgeschrecktes, eifersüchtiges und eine ungeheure Militärmacht entfaltendes Frankreich, für ein noch immer mächtiges, und beim Fortbestand jener Staaten noch immer insgeheim an seiner deutschen Politik festhaltendes Oestreich waren sie eine Gefahr für Preußen, die um jeden Preis beseitigt werden mußte. Aber auch vom deutschen Standpunkt aus finden jene Einverleibungen ihre volle Berechtigung. Das Interesse des Ganzen, der Nation steht über dem Interesse des einzelnen Gliedes, oder vielmehr, letzteres ist, wo es mit dem Interesse des Ganzen in Widerspruch tritt, nur ein Scheininteresse, welches ersterem weichen muß. Das Interesse einer eigenen staatlichen Existenz dieser Provinzen aber war unter den gegebenen Verhältnissen mit dem Interesse der deutschen Nation durchaus unvereinbar, sofern das bundestäglich-österreichische System in den betreffenden Staaten seine zähesten Wurzeln hatte und die politische Entwicklung Deutschlands in ihnen weit mehr noch, als in andern Kleinstaaten, Hinderung fand. Das ganze Streben der hannover'schen Politik war darauf gerichtet, die Son-

derstellung des Welfenstaats immer mehr zu befestigen und seiner falschen Souveränetät, wie sie nie und nimmer innerhalb eines gesunden Ganzen einem Einzelglied zukommen kann, gelegentlich auch mittelst territorialer Vergrößerung realere Grundlagen zu geben, wodurch denn Deutschland, um nur Eins zu berühren, immer entschiedener von seiner natürlichen Meeresbasis, der Nordsee, abgedrängt worden wäre. Hatte doch Hannover schon bisher jeder gemeindeutschen Fürsorge für die Nordseeküste widerstrebt, ohne selbst etwas für dieselbe leisten zu können oder leisten zu wollen; hatte es doch Preußen nicht einmal verstattet, über eine kleine Strecke seines Gebiets eine Eisenbahn an den Jahdebusen zu bauen. Und an Hessenkassel hätte sich schon einmal unter der schändlichen Mißregierung seines Kurfürsten, welcher seine Souveränetät in der rücksichtslosesten, weitgehendsten Weise mißbrauchte und sich hiebei, Preußen gegenüber, auf Oestreich und den Bund stützte, beinahe der Bürgerkrieg in Deutschland entzündet, wie sich auch Nassau und Frankfurt allezeit als gehässige Parteigänger der östreichischen Bundespolitik bewiesen. Diese Hindernisse mußten, nachdem durch die Entscheidung des Kriegs der Weg hiezu geebnet war, für immer beseitigt, die betreffenden Länder mußten im Interesse der gesammten Nation in die unmittelbare Machtsphäre der thatsächlichen deutschen Vormacht gestellt werden. Ein anderer Ausweg war unter den bestehenden Verhältnissen nicht denkbar. Jene Provinzen haben aber auch durch ihre Einverleibung in Preußen nichts verloren, so daß sie sich in irgend einer wesentlichen Beziehung für beraubt ansehen könnten. Sie sind nicht etwa unter eine Fremdherrschaft gerathen, wie seinerzeit unter Napoleon I., sondern es ist das blutsverwandte Preußen, der erste an der Spitze der ganzen Nation stehende deutsche Staat, dem sie nun angehören; ihre provinciellen Eigenthümlichkeiten werden, soweit sie sich mit dem Wohl der Gesammtheit vertragen, geachtet; die großen Vortheile, welche ihnen aus dem Eintritt in ein wirklich nationales Staatsleben erwachsen, werden sie bald die vorübergehenden Nachtheile und Unbequemlichkeiten, wie sie jedes tiefer ein-

greifende Uebergangsstadium mit sich bringt, verschmerzen lassen, und sie werden sich wohl noch rascher und williger in ihre neue Lage finden, als die seinerzeit mit Erlaubniß des französischen Herrschers von den Rheinbundsstaaten annectirten neuen Landestheile. Schon jetzt ist der Widerstand, welcher sich noch da und dort dem Verschmelzungsproceß entgegenstellt, mehr nur ein künstlicher, durch Einflüsse von Außen genährter, während das nationale Bewußtsein sich immer allgemeiner Bahn bricht. — Auch an den Fürsten und Dynastieen dieser Länder hat sich durch ihre Depossedirung nur vollzogen, was nach der von ihnen zur Nation eingenommenen Stellung Rechtens war, und der frevelhafte Egoismus, mit welchem sie sich gegenwärtig über jede gemeindeutsche Verpflichtung hinwegsetzen und mit allen zu Gebot stehenden Mitteln, insbesondere durch eine systematische Lügenpresse, vor Allem Frankreich zum Krieg gegen Deutschland hetzen, um über den Trümmern desselben ihre vermeinten Souveränetätsrechte, die von Anfang an nur ein auf Kosten des Ganzen gehender Schein war, wieder aufzurichten, ist ein schlagender Beweis, daß diese Dynastieen und ihre Traditionen eine wirkliche permanente Gefahr für die Nation gewesen sind. Solche Fürsten haben von Gottes- und Rechtswegen aufgehört, in Deutschland zu herrschen; sie mußten im Interesse der Gesammtheit expropriirt werden, und das Recht zu dieser Expropriation haben sie selbst Preußen durch den von ihnen mit voller Ueberlegung gewählten Krieg in die Hand gegeben; auch sind sie persönlich für etwaigen Verlust vielleicht nur zu glänzend entschädigt worden, so daß sie den Grund hievon weniger in Preußens Großmuth, als in einem Gefühl seines Unrechts und seiner Schwäche zu suchen scheinen und sich deßhalb keineswegs ihm zu Dank verpflichtet erachten. Diese Expropriirnng auf gleiche Linie mit einem Raub an Privateigenthum zu stellen, ist um so ungereimter, da ja die Herrschaft eines Fürsten keineswegs einen privatrechtlichen Charakter hat. Sogar der berühmte conservative Staatsrechtslehrer Stahl sagt (in seiner Rechts- und Staatslehre Bd. III., Absch. 2, Cap. 1, § 31): „Der

Staat ist nicht eine unmittelbar persönliche oder private Herrschaft, die in dem Willen und Recht des Herrschers oder dem willkürlichen gegenseitigen Abkommen zwischen Herrscher und Unterthanen ihre Ursache und das Gesetz ihres Bestandes hat, selbst nicht bei monarchischer Verfassung. Der Fürst hat die Gewalt nicht als in seiner Person, sondern als im Wesen der Anstalt entsprungen, daher auch nicht nach seinem Privatwillen und zu seinem Privatzweck, sondern bestimmt durch den Zweck und nach dem Gesetz der Anstalt." Und wieder: „Der Staat ist eine durch und durch öffentliche Sache. Auf seine Ordnung und Nothwendigkeit gründet sich alles Ansehen und Gewalt in ihm, nicht auf den Willen des Volks, nicht auf einen Privaterwerbgrund des Fürsten, und der Zusammenhang, die Bedeutung aller Einrichtung und Regierung liegt in der Anstalt des Staats, nicht in der Beziehung auf die Unterthanen, nicht im persönlichen Verhältniß zum Regenten. Damit ist in gleicher Weise die volksherrschaftliche, wie die privatherrschaftliche Auffassung ausgeschlossen." Hieraus ergibt sich auch unter Anderem, daß sobald ein Staat das Recht und die Nothwendigkeit einer selbstständigen Existenz verloren hätte, damit auch das Recht seines Souveräns hinfiele, daß insbesondere, wenn die selbstständige Existenz irgend eines Theils der Nation diese selbst in ihrer Unabhängigkeit, in ihrer wesentlichen Einheit, in ihren Zielen und Aufgaben gefährden würde, damit auch die seine Souveränetät repräsentirende Spitze ihr Existenzrecht verlöre. — Daß aber Fürsten auch durch schwere persönliche Pflichtversäumniß, durch verderbliches Handeln oder durch völlige Unfähigkeit ihr Regierungsrecht selbst verwirken können, und daß dieß, zum Theil in schreiender Weise, auch bei den depossedirten Fürsten der Fall gewesen ist, daß es einen Gott gibt, der Könige nicht blos einsetzt, sondern auch absetzt und sein Absetzungsurtheil mittelst der politischen Entwicklung der Dinge offenbart, indem er hiebei in der Regel diejenigen verblendet, welche er verderben will, sollte einem mit der göttlichen Regierung aus Schrift und Geschichte bekannten

Christen nicht verborgen sein. Das Wuthgeschrei über den Raub, der an jenen Dynastieen begangen worden sei, kehrt sich im Grund gegen den Lenker der Geschicke und die ewige Gerechtigkeit selbst, welche ihre, wenn auch verborgenen, so doch allezeit heiligen Wege geht.

Ebenso will es noch immer Manchem unerträglich sein, daß Oestreich durch Preußen aus Deutschland hinausgeworfen worden sei. Sie bedenken nicht, daß das gegenwärtige Oestreich noch nie recht und wahrhaft in Deutschland „drinnen" war, daß die gewöhnliche Rede, mit welcher man selbst im deutschen Oestreich von Deutschland sprach: „draußen im Reich" nicht bloß zufällige Bedeutung hatte. Auf dem Wiener Congreß weigerte sich Kaiser Franz auf Metternichs Rath ganz entschieden, die deutsche Kaiserkrone, von welcher wieder die Rede war, noch einmal anzunehmen, weil er in derselben „für seine Hauskrone mehr eine Gefahr, als einen Vortheil sah." Die Sorge für das „Reich," die schwere, bedenkliche, wollte Oestreich nicht mehr tragen; wohl aber dünkte es ihm rühmlich, noch allezeit an der Spitze Deutschlands zu stehen, und die Verbindung mit demselben erschien ihm zugleich als ein ganz vortreffliches Bindemittel für das Völkergemisch seiner Hauskrone; denn nur dadurch, daß das deutsche Element Oestreichs an der östreichischen Präsidialstellung im deutschen Bund einen festen Anhalt hatte, war es kräftig genug, der Träger der östreichischen Reichseinheit zu sein, und diese mußte sich alsbald lockern, sobald die Verbindung mit Deutschland sich löste. Dieß war Oestreichs Verhältniß zu Deutschland; Selbstzweck war ihm nur sein eigener Reichsbestand, welcher auch bei seinem großen Umfang, seiner Abrundung und seinem Reichthum an natürlichen Hilfsmitteln stattlich genug war, um als Selbstzweck zu gelten; das übrige Deutschland war ihm nur Mittel zum Zweck, was es freilich nur in solange sein konnte, als es Oestreich im Zustand der Zerstückelung, Unselbstständigkeit und Ohnmacht zu erhalten vermochte. Auf diesem Punkt ging denn auch das Interesse Oestreichs Hand in Hand mit dem Interesse der kleinstaatlichen Partikularsouveränetäten und der Demokratie, die

sich innerhalb eines festeren Staatsgefüges überhaupt nicht wohl fühlt. Gleichwohl aber verträgt es ein lebenskräftiges Volk auf die Länge nicht, blos als Mittel verbraucht zu werden, als bloßer Kitt für ein anderwärtiges Staatsgebäude zu dienen, und Preußen insbesondere war schon viel zu selbstständig entwickelt, um nur der Fußschemel östreichischer Hausmacht zu sein. Uebrigens war dieß Oestreichs Stellung seit alter Zeit; das Reich stand ihm immer „draußen“, in zweiter Linie; es mußte, wo es galt, dem Interesse der Hausmacht weichen und die einzige Aufgabe war alsdann, wenigstens den Schein zu wahren. Als es im Frieden zu Campo Formio (17. Oct. 1797) gegen seine Abrundung mit Venedig und die Einverleibung von Gebieten deutscher Reichsfürsten das linke Rheinufer an Frankreich preisgab, erbot es sich (vgl. die Instructionsbestimmung Thuguts v. 11. August 1797), wenn etwa das deutsche Reich nicht in diesen Frieden willige und den Krieg fortsetze, sich an diesem Reichskrieg nur durch Stellung seines Contingents zu betheiligen; jedoch sollte bei der Redaction einer solchen Vertragsbestimmung darauf geachtet werden, daß sie aussähe, als gäbe Oestreich, statt das Reich im Stich zu lassen, vielmehr einen neuen Beweis von Treue und Pünktlichkeit in Pflichterfüllung gegen seine Mitstände. Allerdings hatte auch Preußen, wie dieß unter den damaligen politischen Verhältnissen Deutschlands gar nicht anders sein konnte und wie jeder deutsche Fürst sie hatte, seine Hausmachtspolitik; es gab gar keine andere Form politischer Existenz und Bedeutung in Deutschland; aber auch Preußens Hausmachtspolitik hatte doch in der Regel und wie instinctiv deutsche Richtung und kam zugleich der Stärkung deutscher Kraft und Nationalität zu statten; Preußen wuchs auch vermöge seiner Hauspolitik immer tiefer in Deutschland hinein, während Oestreich sowohl durch seine Gebietsvergrößerungen als durch den von ihm gepflanzten Geist immer mehr aus Deutschland hinauswuchs. Und wenn auch Preußens Politik im Basler Frieden 1795 ein leidiges Seitenstück zu der undeutschen Haltung Oestreichs im Frieden von Campo Formio darbietet, wenn

es dort gleichfalls einen Theil des Rheinufers an Frankreich preisgab und sich mit Norddeutschland von den Geschicken des übrigen Deutschlands zurückzog, so ist hiebei wohl in Erwägung zu ziehen, daß Preußen auch zu dieser beklagenswerthen Haltung nur durch die Verdacht erweckende Politik Oestreichs bestimmt wurde. Nachdem sich Oestreich aus Belgien zurückgezogen hatte und die Franzosen siegreich bis Aachen und Trier vorgedrungen waren, konnte sich Preußen, das soeben noch bei Kaiserslautern einen Sieg erfochten hatte, in seiner ausgesetzten Stellung auf dem linken Rheinufer nicht länger behaupten, während zugleich die polnischen Angelegenheiten, in welchen es fortwährend vor seinen Mitpaciscenten Oestreich und Rußland auf der Hut sein mußte, zur Verwendung des Heeres im Osten Preußens nöthigten. So schloß Preußen, seiner Meinung nach in eine Collision der Pflichten gegen sich selbst und gegen das übrige Deutschland hineingestellt und von gewissen- und talentlosen Ministern berathen, den Basler Frieden, während es auch in diesem Fall durch treues Stehen zum übrigen Deutschland für sich selbst am besten gesorgt hätte, und was es hiebei gesündigt hat, hat es zwiefältig bei Jena gebüßt und zehnfältig bei Leipzig und Waterloo gesühnt. Oestreichs Stellung zum Reich war doch aber eine ganz andere als diejenige Preußens. Schon durch die Kaiserkrone berufen, allezeit Mehrer des Reichs zu sein, hatte es das allgemein deutsche Interesse viel entschiedener zu vertreten, als irgend ein anderer Reichsstand, und wenn es gleichwohl vor Allem auf Mehrung seiner Hausmacht bedacht war, so konnte man es andern Reichsständen, zumal dieser öststreichischen Hausmacht gegenüber, noch viel weniger verdenken, wenn sie gleichfalls ihre Hausmachtspolitik voranstellten, zumal in einer Zeit, in welcher dem deutschen Volk überhaupt sein Nationalbewußtsein fast ganz abhanden gekommen war; und die preußische Hausmacht insbesondere trug doch immerhin wie gesagt, nach Quantität und Qualität weit mehr deutschen Charakter, als die östreichische, deren Schwerpunkt mehr und mehr ins Ausland fiel. Oestreich ist also nicht aus Deutschland hinausgeworfen, sondern es ist lediglich nur

das Factum, daß es ein wesentlich außerdeutscher Staat ist, zur politischen Anerkennung gekommen, und Deutschland, statt verloren zu haben, hat nur gewonnen, das Höchste, was es gewinnen konnte, sich selbst gewonnen, die Würde gewonnen, von nun an Selbstzweck zu sein. Es ist wahr, die deutschen Provinzen Oestreichs erscheinen nun als vom politischen Verband mit Deutschland abgelöst; aber verloren sind sie für Deutschland keineswegs. Die Bande, welche sie mit Deutschland verknüpfen, sind viel tiefer und mächtiger, als diejenigen, welche sie mit Ungarn und den slavischen Reichstheilen verbinden, und indem Deutschland nun sich selbst zurückgegeben ist und sich um sein eigenes Centrum bewegt, ist auch für diese deutschen Provinzen Oestreichs erst ein gesunder Mittelpunkt geschaffen, der nicht ermangeln wird, seine Anziehungs- und Assimilationskraft zu üben, während sie im Verband mit dem östreichischen Völkergemisch mehr oder weniger verkümmert sind. Nur dadurch könnte Oestreich dem sonst unvermeidlichen Verlust dieser Provinzen an Deutschland vorbeugen, daß es mit letzterem in rückhaltsloser Entschiedenheit ein Schutz- und Trutzbündniß und auch sonst jede mögliche internationale Gemeinschaft einginge, wodurch denn wiederum die deutschen Provinzen Oestreichs, wenn auch in anderer Form, für Deutschland gewonnen wären und diesem zugleich die Mitgift einer starken Bundesgenossenschaft zubrächten. Dieß wäre auch der Weg, für Oestreichs Bestand selbst wieder einen Halt an Gesammtdeutschland zu finden, einen Halt, der um so viel kräftiger, naturgemäßer und zuverlässiger als früher wäre, je mehr sich Deutschland in sich selbst geeint und gekräftigt und je klarer und ehrlicher die Auseinandersetzung zwischen Deutschland und Oestreich sich vollzogen hätte. Oestreich ist nicht aus Deutschland hinausgestoßen, sondern es ist, wenn Oestreich dieß erkennt, nur der Weg gebahnt worden, auf welchem es ein wahres, auf gegenseitiger vollständiger Anerkennung ruhendes Bündniß mit Deutschland eingehen kann.

Doch nicht blos die nationalen, auch die innern politisch-socialen Verhältnisse Oestreichs, wie sich dieselben vor

1866 gestaltet hatten, sollten seine Ausscheidung aus dem Entwicklungsproceß Deutschlands nicht als einen Verlust, sondern als Gewinn für letzteres und für Oestreich selbst erscheinen lassen. Das durch sein unseliges Concordat fast unlösbar an Rom gefesselte, in tiefster finanzieller Zerüttung darniederliegende, fast auf allen Gebieten geistigen Lebens weit zurückgebliebene, auch an schweren sittlichen Uebeln krankende Oestreich hätte, zumal in leitender Stellung, nie und nimmer die deutsche Entwicklung fördern, es hätte sie nur unterdrücken, zum Mindesten nur aufhalten können. Oestreichs Geschick ist höchst tragischer Natur. Indem es Italien durch seine Stellung im Norden dieses Landes und seine dynastischen Familienverbindungen, indem es Deutschland durch den Bundestag festhalten und sich um jeden Preis die Oberherrschaft über beide Nationen sichern wollte, versäumte es die Entwicklung seiner eigenen Länder und ihrer reichen geistigen und materiellen Hilfsquellen, die Organisation seines eigenen Reiches, wie dieselbe in der vorangehenden langen Friedenszeit auf allseitig gerechten und billigen Grundlagen wohl möglich gewesen wäre, wenn Oestreich gründlich auf seine Herrscherphantome verzichtet hätte; es wurde sowohl in sich selbst immer schwächer, als auch immer untüchtiger, ein heilsames Ferment für italienische und deutsche Verhältnisse zu sein, und gerade dasjenige Mittel, wodurch es nicht bloß seine eigenen Provinzen fest zusammenkitten, sondern auch dauernden und immer wachsenden Machteinfluß in Nord und Süd zu gewinnen hoffte, seine Allianz mit Rom, dem es sich unter Aufgebung wesentlicher Staatshoheitsrechte völlig in die Arme warf und das ihm Aussicht auf die alte Kaiserstellung zu gewähren schien, schlug zu seinem Verderben aus. Man kann zwar sagen: dieß war Oestreichs früherer Zustand, der sich ja mit der Zeit hätte ändern können; aber eben diese Aenderung wäre durch einen Sieg Oestreichs ausgeschlossen gewesen; denn der Sieg eines Systems bedeutet nicht dessen Aenderung, sondern seine Beibehaltung und Festigung. Und nachdem nun wirklich nach der Niederlage Oestreichs auch sein System

sich hat ändern müssen und die neuen Staatsgrundgesetze erflossen sind, durch welche es urplötzlich auf moderne Grundlagen gestellt worden ist, ja in mancher Hinsicht den salto mortale vom Absolutismus in einen unpraktischen Radicalismus hinein gemacht hat, so ist doch vorerst die Durchführung derselben abzuwarten; denn mit Gesetzen von oben herab, welche der ganzen bisherigen Uebung und Gewöhnung widersprechen und für welche die Voraussetzungen in der Masse fehlen, ist nicht alsbald auch ein Volk selbst umgewandelt, noch viel weniger, als die Armee Oestreichs schon vermöge ihrer neuesten Reorganisation auf den gewünschten Fuß gestellt ist; und die Mächte des früheren Zustandes, welche noch tiefe und breite Wurzeln im östreichischen Volksleben haben, werden dem neuen System das Leben sauer genug machen. Oestreich muß erfahren, daß, in wessen Dienst man sich begeben hat, deß Knecht ist man geworden. Auch in dieser Beziehung liegt Rettung für Oestreich nur in einer ehrlichen und festen Allianz mit einem unter Preußen wahrhaft geeinigten starken Deutschland; nur dieses gibt ihm den festen Rückhalt, um sich von der Schlange des alten Systems und ihrer tödtlichen Umstrickung in ruhigem, nichts überstürzendem Fortschritt loszuringen, während dieses krampfhafte, auf augenblickliche Effecte berechnete Ringen mit demselben sein Todesringen werden kann. In Deutschland aber sind die einzigen Parteien, welche Oestreich um jeden Preis in seinem früheren Verband mit Deutschland festhalten möchten, theils die Verfechter der Vollsouveränetät der Kleinstaaten, dieser Grundursache deutscher Ohnmacht und Zerrissenheit, theils die Freunde der Republik, welchen Oestreich gerade recht war, um eine Consolidation Deutschlands zu verhindern und seine Wunde offen zu erhalten, damit sie selbst seinerzeit als die rechten Aerzte auftreten und das Experiment der demokratisch-socialen Republik mit Deutschland vornehmen könnten. Daß nun das Vaterland ohne sie zur Einigung und zu vernünftiger, mit fester Staatsordnung sich vertragender Freiheit gelangt, daß ihnen das passendste Object zur Realisirung ihrer Träume, welches Europa darbot,

entzogen und der Erfolg für sie, wenn auch nicht ganz abgeschnitten, so doch in weite Ferne gerückt ist: — daher ihr Wuthgeheul über Preußen, daher ihr Jammern über das aus Deutschland hinausgeworfene Oestreich, obgleich sie selbst keine nationale Ader in sich haben und neuerdings die nationale Idee überhaupt mit sich selbst richtendem Hohn übergießen.

Von Seiten des Rechts und der Billigkeit also liegt unseres Erachtens durchaus kein Grund vor, daß wir uns, in den Mantel makelloser Tugend und Vortrefflichkeit gehüllt, von Preußen und unsern norddeutschen Brüdern abwenden dürften, und wenn es obiger Darstellung auch nur gelungen wäre, billig denkenden Gegnern Preußens wenigstens die Anschauung näher zu bringen, daß dieser Staat, wenn auch nicht nach ihrem Sinn, so doch in guter Meinung und in der Ueberzeugung von seinem Recht gehandelt haben könne, so wäre schon ein bedeutendes Hinderniß der Versöhnung weggeräumt. — Gründe anderer Art aber, um auch diese noch in Kürze zu berühren, können einem näheren Anschluß an Norddeutschland nicht ernstlich im Wege stehen. Oder sollte etwa die allerdings noch vielfach bestehende Stammesantipathie zwischen Norden und Süden Deutschland auf die Dauer zerreißen dürfen? Es ist wahr, dieselbe beruht auf wirklichen Gegensätzen. Die mehr verständig nüchterne, etwas kalte Art des Norddeutschen ist mit süddeutscher Gemüthswärme, seine mehr auf die praktische Gestaltung des äußeren Lebens gehende Begabung mit unserer Innerlichkeit, seine straffe Gewöhnung mit unserer Art, sich gehen zu lassen, seine formelle Gewandtheit und Politur mit unserer vielfachen Unbeholfenheit und Derbheit in Widerspruch und Spannung. Dieß sind denn aber doch nicht sowohl einander ausschließende, als vielmehr ergänzende und ausgleichende polarische Gegensätze, und wir sollten uns freuen, daß unsere deutsche Nation einen solchen Reichthum von Stammesbegabung in sich schließt, daß es insbesondere auch Stämme gibt, welche das alte Vorurtheil, als wären wir Deutsche nur ein Volk von unpraktischen Träumern, höchstens nur angelegt für ein Leben des Geistes, thatsächlich widerlegen,

daß es auch Stämme gibt, welche politisches Talent, staatsbildende Kraft in sich tragen und dem Volke, welchem sie angehören, auch nationale Geltung zu verschaffen vermögen. Dadurch sind ja wir Süddeutsche, wir Schwaben insbesondere, keineswegs in Schatten gestellt; wir haben unsere eigenthümlichen Gaben für andere Lebensgebiete, mit welchen wir hinter unseren norddeutschen Brüdern fürwahr nicht zurückstehen, mit welchen sie unserer ebenso bedürfen, wie wir ihrer, und wenn die norddeutsche Natur sich an der süddeutschen erwärmt und vertieft, wenn unsere süddeutsche Natur sich an der norddeutschen stählt und schärft, dann werden wir Deutsche ein Volk von gutem Klang werden, dem an Reichthum und Vielseitigkeit der Begabung kaum ein anderes in Europa gleichkommt. Es heißt ja nicht seine Eigenart aufgeben, wenn man auch andere Art anerkennt und von anderer Art lernt; dadurch wird die Eigenart nur geläutert und von ihren Auswüchsen gereinigt. — Oder will man uns noch immer mit den großen Opfern schrecken, welche der nähere Anschluß an Norddeutschland, die Bildung eines einheitlich starken Vaterlandes erfordert? mit dem großen militärischen Aufwand? mit vermehrtem Steuerdruck? Als dort die Juden nach ihrer Rückkehr aus dem babylonischen Exil ihren Staat wiederherstellten, ihre Hauptstadt wieder bauten, da war das ganze Volk in Thätigkeit; „mit der einen Hand arbeiteten sie, mit der andern trugen sie die Waffen," weil alte und neue Feinde sie am Aufbau hindern wollten, bis sich die Mauern stattlich um Jerusalem her schloßen und sie die Waffen wieder aus der Hand legen konnten. So ziemt es auch dem deutschen Volk, mitten unter übelwollenden Nationen, die seither von deutscher Zwietracht und Ohnmacht ihren Vortheil zogen, seinen nationalen Bau aufzuführen; es gilt für dasselbe, eine Nation in Waffen zu sein, nicht zur Bedrohung anderer Staaten, sondern lediglich zum Schutz der eigenen Arbeit, bis dieselbe gelungen ist. Steht einmal Deutschland fest gegründet und fest geeint, so werden sich die kriegerischen Gelüste der Feinde seiner Nationalität gewiß für immer abkühlen, und Deutschland wird sich mit einem Friedens-

stand noch unter der Ziffer seines früheren Bundescontingents begnügen können, weil seine staatliche Geschlossenheit noch mehr, als ein Heer, imponiren wird. Und welchen Vortheil haben uns bisher unsere wohlfeileren Heereseinrichtungen gebracht? Ein ausreichendes, tüchtig geschultes Heer, das wirklich die Macht des Staates repräsentirt und ihm zur Stütze gereicht, ist in der That bei allem Aufwand, den es erfordert, doch unvergleichlich wohlfeiler, als eine mangelhafte Truppe, an der in aller Weise gespart wird und welche gleichwohl eine mit ihrer Leistung in gar keinem Verhältniß stehende Summe von Staatseinkünften verschlingt; kann doch ein einziges unglückliches Kriegsjahr den ganzen Wohlstand eines Volkes auf lange Zeit hinaus vernichten. — Und auch das sonstige Mehr der Steuern, das etwa ein wirklich selbständiges Staatsleben erfordert, dem übrigens, wie schon vielfach gezeigt wurde, die Steuerquote des Kleinstaats kaum und oft nur scheinbar nachsteht, wird hundertfältig durch die mannigfachen geistigen und materiellen Vortheile aufgewogen, welche das einheitlich gegliederte Leben eines großen Volkes jedem einzelnen Staatsbürger bietet. Trotz der Anspannung seiner Steuerkräfte ist Preußen gleichwohl schon jetzt, wenige unter besonderer Ungunst der Verhältnisse leidende Provinzen abgerechnet, das reichste Gemeinwesen Deutschlands, sowohl was Staatsfinanzen als Privatbesitzstand betrifft. Aber auch die Steueransprüche werden sich in demselben Maße mildern und ihr natürliches Niveau erreichen, in welchem sich Deutschland consolidirt und naturgemäße Verhältnisse annimmt.

Aber die Einbuße an Freiheit, welche Süddeutschland durch nähere Beziehungen zum Nordbund erleiden würde? Eigenthümlicher Einwurf! Welche Freiheit haben wir denn, die nicht der Nordbund gleichfalls, zum Theil in noch höherem Grad, hätte? Gewährt er nicht allen Gaben und Kräften seiner Angehörigen ein viel mannigfaltigeres und größeres Feld der Bewegung und der Thätigkeit, als dieß ein kleines Gemeinwesen vermag, in welchem so viel edle Kräfte gebunden bleiben und verkommen, weil krähwinklerische Verhältnisse, oft der persönlichsten Art, sie darniederhalten?

Oder fehlt dem Nordbund etwa die bürgerliche Freiheit, daß man darin des Rechtsschutzes entbehren müßte? Wird dieser nicht in der Regel viel energischer und prompter gewährt, als in Kleinstaaten? Und die politische Freiheit, ist sie nicht in Preußen, im Nordbund weit mehr eine Wahrheit, als in unserem freiheits-schwärmenden Süddeutschland? Was hilft das unbeschränkteste Wahlrecht, die unbeschränkteste Freiheit, in der Presse, in Kammern und Volksversammlungen bis herab zur Bierstube zu räsonniren nach Herzenslust, wenn man gleichwohl seiner Geschicke nicht Herr ist, wenn man als Kleinstätler nicht mittelst wirklicher Selbstbestimmung in die großen politischen und socialen Verhältnisse, von welchen unsere kleinen Verhältnisse bedingt sind, eingreifen kann, sondern eben muß über sich ergehen lassen, was die wirklich selbständigen großen Staaten für gut befinden? Von welch hoher politischer Bedeutung dagegen ist das norddeutsche Parlament schon in dem gegenwärtigen Stadium seiner Entwicklung! Wie ist hier wirkliche Selbstbestimmung, wirkliche Betheiligung an den großen Interessen der Nation, in einer Weise, wie sie innerhalb unserer süddeutschen Volksvertretungen gar nicht möglich ist! Allerdings jene falsche Freiheit, welche den Einzelnen aller möglichen Rücksichten entbindet, welche die großen geistigen Güter einer Nation, wie sie allein Grundlage wahrer Freiheit und wahren Wohlstandes sind, die Achtung vor Gesetz und Obrigkeit, die Sittlichkeit des öffentlichen und socialen Lebens, Religiosität und kirchliche Ordnung, Jugenderziehung u. dgl., der Willkür und dem Gutdünken des Individuums Preis gibt, jene Freiheit, die nur eine Entfesselung der schlechten Elemente des Volkslebens bedeutet und deren sich nur die Schlechten bedienen, um die Guten zu ärgern und in Ohnmacht darniederzuhalten — jene Freiheit findet bis jetzt und hoffentlich auch künftighin im Nordbund keinen günstigen Boden und würde ihn wohl auch nicht in einem unter Preußens Führung geeinigten Gesammtdeutschland finden; dieß rechnen wir aber mit unter die entschiedensten Vortheile einer solchen Einigung; denn aus jener falschen Freiheit kann nur Unheil entsprießen.

Dabei verkennen wir nicht, daß auch im Nordbund noch Vieles mangelhaft ist, noch Vieles erst seiner Entwicklung harrt — wo wäre auch ein Staat, zumal ein werdender, der sich der Vollkommenheit rühmen dürfte? Aber thöricht ist es, sich vom Guten abwenden, weil ihm noch Unvollkommenheit anhaftet, und unwürdig ist es, zu tadeln, wo man die Pflicht hätte, selbst mit Hand anzulegen, daß es besser werde. Wenn wir Süddeutsche wirklich die vortrefflichen Leute sind, für welche wir uns halten, so sollte es uns ein Leichtes sein, in Verbindung mit gleichgestimmten Elementen, deren es doch viele auch im Norden gibt, die gewünschte Besserung anzustreben und herbeizuführen; und nicht zuzuwarten gilts, bis die Dinge sich auch ohne uns nach Wunsch gestaltet haben, sondern auch wir sind verpflichtet unsern Beitrag zu leisten; ja die deutschen Verhältnisse können ohne die Mitarbeit der ganzen Nation, soweit diese überhaupt sich selbst angehört, zu gar keinem befriedigenden Abschluß kommen.

Oder sollte unseren süddeutschen Fürsten der ehrliche Anschluß an das Ganze ein allzugroßes Opfer sein? Aber die Vollsouveränetät, welche sie bisher zu besitzen glaubten, war sie nicht, auch in den Zeiten des Bundestags, ein bloßer Schein? Blieb ihre Diplomatie nicht in Wahrheit ohne Einfluß auf die große Politik und, so zu sagen, nur im Vorzimmer derselben, ausgenommen etwa, wenn sich größere Staaten dazu herabließen, sie zu egoistischen Zwecken auszubeuten? War ihnen die Militärhoheit im Kriegsfall nicht auch unter den alten Verhältnissen entzogen, und bedingte sie, sofern sie ihnen im Frieden zustand, nicht wesentlich die mangelhafte Beschaffenheit, die beziehungsweise Unbrauchbarkeit dieser kleinen Truppenkörper, wo es Ernst galt? Was war ihnen in Wahrheit mit diesem Schein von diplomatischer Selbständigkeit, mit diesem Schein einer Heeresmacht gedient? Mit dem Aufgeben dieses Scheins, mit dem Anschluß an die reale Macht eines deutschen Bundesstaats verlieren sie nichts; sie können nur gewinnen. Als die Glieder eines deutschen Fürstenhauses, welche Stelle dasselbe auch im Organismus der Nation einnehmen mag,

werden sie statt der Allmacht im eigenen kleinen Lande, welche gleichwohl so vielfach eine Ohnmacht war, einen wirklichen maßgebenden Einfluß auf das große Gesammtvaterland, wie auf die großen europäischen und Weltverhältnisse gewinnen. Während sie unter dem alten Bund nur in so weit galten, als sie die deutschen Großmächte gelten ließen, werden sie als Glieder eines deutschen Fürstenhauses, gestützt auf die Gesammtvertretung der Nation, selbst in Wahrheit an der Großmachtstellung Deutschlands Theil haben und die volle ungeschmälerte Geltung besitzen, welche persönlicher Einsicht, persönlicher Energie und Tüchtigkeit, sowie der Rücksicht auf die von ihnen regierten deutschen Stämme zusteht. Vom römischen Senat der alten Zeit sagt man, er habe den Eindruck einer Versammlung von Königen gemacht, und in der That, innerhalb eines deutschen Fürstenhauses werden auch unsere süddeutschen Fürsten weit mehr Könige sein in Wahrheit, als sie es waren im Besitz ihrer Klein- und Scheinsouveränetät. Sie werden, nicht mehr beirrt und abgezogen durch Anforderungen, welchen sie gleichwohl nicht gerecht werden konnten, sich ganz der inneren Verwaltung ihrer Länder widmen und die Liebe ihrer Völker mittelst ausschließlicher Pflege ihrer geistigen und materiellen Wohlfahrt in vollem Maß erwerben können, während jenes Odium, welches bisher insbesondere der diplomatische und militärische Aufwand auf die kleineren Dynastieen wälzte und welches bei der Unfruchtbarkeit desselben auch theilweise gerechtfertigt war, von ihnen genommen sein wird. Sie werden durch ihre Einfügung in einen festen nationalen Organismus unter der kräftigen Leitung Preußens, durch den Einfluß, den der conservative, monarchisch gestimmte Geist des preußischen Volkes auch auf die süddeutschen Stämme gewinnen wird, den kräftigsten Schirm gegen Demokratie und Revolution, die sicherste Garantie für ihre Kronen und ihren Besitzstand finden, während sie gegenwärtig in Wahrheit sind wie der Vogel auf dem Zweig, jedem Sturmwind der Revolution und fremder Willkür preisgegeben. Sie werden das erhebende Bewußtsein in sich tragen, durch die Opfer, welche sie bringen und

die sich schließlich als Gewinn herausstellen werden, sowohl um das große Ganze, dem sie angehören, als um ihr eigenes Land ein Verdienst sich erworben zu haben, welches ihnen die Nation nie vergessen wird, während bei fortgesetzter Sonderstellung eine schwere nationale Verantwortung auf ihnen lastet und jeden Augenblick die Versuchung zur Verschuldung, ja zum Verrath an der Nation an sie herantreten kann. Auch deutsche Fürsten sind ja Glieder der Nation und haben als solche, ja weil sie die ersten Glieder derselben sind, in noch höherem Grad, als Andere, Pflichten gegen die Nation, und nie und nimmer mögen sie sich jenen Feinden alles geordneten Staatslebens geistesverwandt zeigen, welche sich unter keine höhere Ordnung zu beugen im Stande sind, welche kein anderes Gesetz über sich erkennen, als ihren eigenen souveränen Willen. Nationale und historische Berechtigung haben in Deutschland nur Fürsten, welche, wenn auch mit aller irgend möglichen Selbständigkeit in inneren Angelegenheiten, doch in Allem wesentlich Gemeinsamen, besonders dem Ausland gegenüber, unter dem Reiche stehen. In dieser Eigenschaft sind und bleiben sie aber auch wesentliche Glieder der Nation; ja die Berechtigung der einzelnen deutschen Stämme oder Länder kommt durch eine solche persönliche fürstliche Spitze derselben zu viel klarerem Ausdruck und kräftigerer Vertretung, und im Interesse eines wirklichen ächten Volksorganismus, in welchem auch das Glied seine relativ selbständige Berechtigung hat, ist das Fortbestehen deutscher Reichsfürsten dringend zu wünschen, wie denn unser Württemberg insbesondere eine so ausgeprägte Individualität seiner Geschichte und Stammesart hat, Fürst und Volk während einer mehrhundertjährigen Entwicklung so ineinander verwachsen sind, daß ihm sein Anspruch auf Selbständigkeit auch in einer fürstlichen Spitze nicht bestritten werden kann. Wohl aber hat jene Vollsouveränetät von Napoleons- und Wienercongreß-Gnaden, deren Herrlichkeit der tiefsten Erniedrigung Deutschlands ihren Ursprung verdankt, seit der neuesten Wendung der Dinge auch ihre politische Grundlage verloren, wie ihr die innere sittlich-nationale von jeher gemangelt hat,

und wenn dieselbe gleichwohl aufrecht erhalten werden will, so heißt dieß seine ganze Existenz aufs Spiel setzen und das Urtheil der Geschichte gegen sich herausfordern.

Oder hofft man etwa von Seiten des Particularismus auf Wiederherstellung des Bundestags oder einer andern ähnlichen Einrichtung in Deutschland? Man täusche sich nicht: eine solche wäre nur möglich nach vollständiger Niederlage und Zertrümmerung Preußens und seiner neuesten politischen Schöpfung, des Nordbundes. Dazu aber hat es noch gute Wege; eine Nation, und dieß ist der norddeutsche Bund mit Preußen auch ohne uns — vollends eine so jugendkräftige, wohlgerüstete, sieggekrönte, läßt sich nicht ohne Weiteres zu Boden schlagen; sie würde im Gegentheil auch schwere Niederlagen überdauern und man müßte mit ihr über kurz oder lang, so oder anders, doch wieder Frieden schließen. Wenn aber auch die völlige Niederwerfung Preußens gelänge, wenn man es auch, um sich für alle Zukunft vor demselben zu sichern, entweder ganz von der Karte streichen, oder es noch entschiedener, als dieß im Frieden von Tilsit geschah, zu einem Staat zweiten und dritten Ranges herabdrücken könnte — was wäre die Folge? Wäre dann unseren kleineren deutschen Gemeinwesen wieder die Souveränetät gesichert, falls sie überhaupt den furchtbaren Krieg überdauert hätten, ohne welchen obiges Resultat nicht zu erzielen wäre? Würde ein Oestreich, das den preußischen Rivalen in Deutschland beseitigt hätte, die Vollsouveränetät derselben aufrichtig respectiren? Würde es nicht im Gegentheil mit seinen fast verzweifelten Uebelständen nicht noch ungleich schwerer, als man dieß von Preußen zu fürchten vorgibt, auf den übrigen deutschen Staaten lasten und dieselben noch viel rücksichtsloser, als früher, im Interesse seiner meist außerdeutschen Hausmacht verwenden? Oder würde etwa Frankreich, falls diese verschiedenen Gemeinwesen als eine Art Kleindeutschland oder Rheinbund unter seinen politischen Einfluß kämen, ihnen die vollkommene Freiheit der Bewegung lassen, ja auch nur ihrer Nationalität genügende Rechnung tragen? Es ist eine alte Lehre der Geschichte, daß kein Volk der Nationalität eines andern

vollkommen gerecht werden kann, daß nur ein wirklich selbständiges Volk der Achtung anderer Nationen versichert ist, während ein Staat, der nur durch Anlehnung an das Ausland zu bestehen vermag, aufhört, Selbstzweck zu sein und mehr oder weniger ins Dienstverhältniß zu seinem mächtigeren Nachbar tritt. Ein Kleindeutschland, auf Frankreich gestützt, würde unrettbar dem Helotenthum verfallen; es würde mit der Zeit entweder von Frankreich absorbirt, wie Polen von Rußland, mit welchem es die Vorliebe zu absoluter Centralisirung theilt, oder müßte es sich als Trabant um Frankreich und französisches Interesse bewegen — und welchem Deutschen treibt auch nur der Gedanke daran nicht die Schamröthe ins Gesicht? Oder sollen etwa Oestreich und Frankreich gemeinsam das Protectorat über Kleindeutschland übernehmen, damit dasselbe zwischen beiden Mächten in noch höherem Grade, als früher zwischen Oestreich und Preußen, Zankapfel und Gegenstand politischer Intrigue werde, bis es am Ende durch einen Zusammenstoß beider Mächte die erklärte Beute der einen oder der andern, voraussichtlich Frankreichs, wird? Oder, falls auch Rußland in die politische Berechnung hereingezogen würde, welcher Gedanke läge am Ende eines Weltkriegs, der Preußen zertrümmert hätte, näher, als Frankreich, Rußland und Oestreich, wenn letzteres die Katastrophe noch überlebte, theilten sich in die Trümmerstücke Deutschlands und schlößen auf dieser Grundlage einen „ewigen" Frieden? Solche und ähnliche Aussichten hat das deutsche Volk, haben seine Fürsten, wenn es ihnen zu viel sein will, zum Zweck der Einigung und aller der großen Vortheile, welche dieselbe darbietet, kleine, nur scheinbare Opfer zu bringen, wenn auch der letzte Versuch, für Deutschland ein wirklich staatliches Dasein zu gewinnen, wie Preußen sich zu demselben getrieben sah, an dem Eigensinn und dem Eigennutz der Parteien scheitern würde. Es bleibt unumstößlich wahr, was Bismarck in seiner Circulardepesche an die deutschen Regierungen vom 24. März 1866 sagt: „Schon durch die geographische Lage wird das Interesse Preußens und Deutschlands identisch — dieß gilt zu unsern, wie zu

Deutschlands Gunsten. Wenn wir Deutschlands nicht sicher sind, ist unsere Stellung gefährdeter, als die der meisten andern europäischen Staaten. Das Schicksal Preußens aber wird das Schicksal Deutschlands nach sich ziehen, und wir zweifeln nicht, daß, wenn Preußens Macht einmal gebrochen wäre, Deutschland an der Politik der europäischen Nationen nur noch passiv betheiligt bleiben würde. Dieß zu verhüten, sollten alle deutschen Regierungen als eine heilige Pflicht ansehen und dazu mit Preußen zusammenwirken. Wenn der deutsche Bund in seiner jetzigen Gestalt und mit seinen jetzigen politischen und militärischen Einrichtungen den großen europäischen Krisen, die aus mehr als Einer Ursache jeden Augenblick auftauchen können, entgegengehen soll (oder, können wir gegenwärtig sagen, wenn an die Stelle des früheren Bundes wieder ein ähnlicher Complex von vermeintlichen Souveränetäten treten würde), so ist nur zu sehr zu befürchten, daß er seiner Aufgabe erliegen und Deutschland vor dem Schicksal Polens nicht schützen werde." Die Wahl kann für einen besonnenen Freund des Vaterlandes keinen Augenblick zweifelhaft sein. Es gilt gegenwärtig für uns Deutsche allen Ernstes, entweder ein großes Volk zu werden, so wie Gott dazu Gaben und Hilfsmittel in uns gelegt und uns auch äußerlich den Weg dazu gebahnt hat, oder darauf zu verzichten, überhaupt ein Volk zu sein. Mögen Volk und Fürsten, besonders in unserem Süddeutschland, den furchtbaren Ernst der Lage, die für alle Zukunft den Ausschlag gebende Wichtigkeit des gegenwärtigen Zeitpunktes erkennen und thatsächlich würdigen!

Hoffmann, Chr., Fortschritt und Rückschritt in den zwei letzten Jahrhunderten geschichtlich nachgewiesen, oder **Geschichte des Abfalls.** Erster Band. Die Entwicklung des Abfalls von seinen Anfängen bis zu seiner Erhebung als Fahne des Fortschritts durch Voltaire. gr. 8. 1 fl. 40 kr. od. 1 thlr.

— — Zweiter Band. Die religiösen und politischen Reformen im Geist des Abfalls bis zum Umsturz der alten Zustände in der französischen Revolution. gr. 8. 2 fl. od. 1 thlr. 6 sgr.

— — Dritter Band (Schluß): Die Versuche zum Aufbau einer neuen Weltordnung auf dem Boden des Abfalls von 1800 bis 1866. gr. 8. 3 fl. oder 1 thlr. 24 sgr.

Der Verfasser dieses in seiner Art einzigen Werkes hat sich die Aufgabe gestellt, auf Grund der biblischen Weissagung die geistige und äußere Entwicklung der letzten zwei Jahrhunderte bis auf die neueste Zeit zu beurtheilen, und dieser sein Standpunkt nöthigte ihn, überall nach den tiefsten Ursachen und nach den letzten Zielen der Ereignisse zu fragen. Jeder nachdenkende Leser wird hier ein Hilfsmittel finden, die großen Aufgaben und Räthsel der Geschichte und der Menschheit zu verstehen und ihre Lösung in's Auge zu fassen. Band III. zeigt hauptsächlich den Napoleonismus und seine Signatur, sowie die Hauptzüge der anderen leitenden Geister und Gedanken unseres Jahrhunderts, er führt die Ereignisse voll Schärfe und Klarheit in einschneidendem, geistvollem, ja großartigem Urtheil und Durchblick vor bis auf die neueste Zeit, beleuchtet das Steigen und den Fall des ersten Napoleon, den Aufschwung der Freiheitskriege, die Ereignisse von 1848 und 1866, die Haltlosigkeit der souveränen Kleinstaaterei, aber auch die Schäden der Großstaaten, die Gefahren des Cäsarenthums, dem die Zuchtlosigkeit der Völker entgegensteuert.

Hamberger, Dr. J., Physica sacra, oder der Begriff der himmlischen Leiblichkeit und die aus ihm sich ergebenden Aufschlüsse über die Geheimnisse des Christenthums. geh. 2 fl. 24 kr. oder 1 thlr. 14 sgr.

Caspari, K. H., Erzählungen für das deutsche Volk. Gesammt-Ausgabe. Enthaltend: Alte Geschichten aus dem Spessart. Dorfsagen. „Zu Straßburg auf der Schanz.' Der Schulmeister und sein Sohn. Mit Stahlstich und Musikbeilagen. 2. A. 1 fl. 24 kr. oder 27 sgr.

Culmann, Ph. Theod., Die christliche Ethik. Erster Theil. geh. 2 fl. 36 kr. oder $1\frac{1}{2}$ thlr.

— — — — Zweiter Theil (Entwurf). Nebst weiteren Aufsätzen des sel. Verfassers. geh. 1 fl. 12 kr. oder 22 sgr.

Knapp, Alb., Herbstblüthen. Gedichte. 8. geh. 2 fl. 24 kr. od. 1 thlr. 15 sgr.

Durchläutert am Licht des ewigen Lebens finden hier Natur- und Geistesleben, mächtige Bilder vergangener Zeiten und helle Blicke in den Ernst der Gegenwart, Lieder der Sehnsucht nach Heimgegangenen und Denkmäler der Liebe die dichterische Entfaltung und den das Herz erfassenden Ausdruck in vielgestaltigem Farbenschmelz.

— — **Bilder der Vorwelt.** Ein Cyclus v. Gedichten. 8. 1 fl. 18 kr. od. $22\frac{1}{2}$ sgr.

Lechler, Dr. **Carl, Die neutestamentl. Lehre vom heil. Amte** in ihren Grundzügen dargestellt und auf die bestehenden Rechtsverhältnisse der evang. luth. Kirche angewendet. gr. 8. 2 fl. 42 kr. oder $1\frac{2}{3}$ thlr.

v. Meyer, Dr. **J. F., Blätter für höhere Wahrheit.** Auswahl in 2 Bänden aus den 11 Bänden des sel. Verfassers. Nebst einer biographischen Einleitung. 2 Bde. 4 fl. 30 kr. oder 2 thlr. $22\frac{1}{2}$ sgr.

Stroh, W. F., Die Lehre des württ. Theosophen Joh. Mich. Hahn systematisch entwickelt und in Auszügen aus seinen Schriften dargestellt. 2 fl. 42 kr. od. 1 thlr. 20 sgr.

PALÄSTINA.

Neues Album des heiligen Landes.

50 Ansichten biblisch wichtiger Orte.

Naturaufnahmen von J. **M. Bernatz** u. a. Künstlern.

Mit Erläuterungen von **Dr. G. H. v. Schubert, Dr. J. Roth** und **Dr. O. Fraas.**

Gross Querquart. Ausgeführt in Farbendruck von Münchner Künstlern.

Nebst einer Karte von Palästina (gleichfalls in Farbendruck), entworfen von C. Baur.

Preis geheftet 12 fl. 48 kr. oder 7 thlr. 12 sgr. — Gebunden in Prachtband mit reicher Vergoldung 16 fl. oder 9 thlr. 10 sgr.

Inhalt: *1. Heliopolis. 2. Pyramiden. 3. Mosesbrunn. 4. Marabrunn. 5. Sinai. 6. Sinaikloster. 7. Bostanthal. 8. Serbal. 9. Petra. 10. Berg Hor. 11. Hebron. 12. Bethlehem. 13. Feld der Hirten. 14. Jerusalem von N.O. 15. Heilige Grabkirche. 16. 17. Panorama von Jerusalem. 18. Bethesda. 19. Morijah. 20. Klagemauer der Juden. 21. Oelberg und Gethsemane. 22. Absaloms Grab und Siloah. 23. Bethanien. 24. Jericho und Todtes Meer. 25. Jordan. 26. Sta. Saba. 27. St. Johannes. 28. Jaffa. 29. Naplus. 30. Samaria. 31. Nazareth. 32. St. Jakobus. 33. Carmel. 34. Tabor. 35. Cana. 36. Tiberias. 37. Magdala. 38. Safed. 39. Jakobsbrücke. 40. Banias. 41. Hermon. 42. Damaskus. 43. Balbek. 44. Sidon. 45. Beirut und Libanon. 46. Cedern auf Libanon. 47. Ephesus. 48. Sardes. 49. Smyrna. 50. Patmos. — Nebst vielen Vignetten in Holzschnitt.*

Naturtreue und Wahrheit, interessante und charaktervolle Aufnahmen in künstlerischer Schönheit, vorzüglicher Ausführung und mit lichtvollem Text aus eigener Anschauung, überstrahlt von der hehren Weihe des Gegenstandes — haben hier ein einziges Prachtwerk und Festgabe geschaffen.

Schollno

Preußens gerechte Sache Ein Wort zur Verständigung von einem Süddeutschen

Stuttgart 1869